Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. [Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50**, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60.** Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg** **Inserate** für die nächste Nummer müssen bis **9** Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 39. **Freitag den 16. Februar 1900.** 7. Jahrgang.

Auf zum Protest gegen die Flottenvorlage!

Der Entwurf einer neuen Seemanns-Ordnung.

III.

Berlin, 14. Februar 1900.

△ Heiß wird der Kampf um die Disziplinargewalt des Schiffers entbrennen.

Des besseren Verständnisses halber wollen wir alles bisher in dieser Frage zu Tage Geförderte hier nebeneinander stellen.

Der § 79 der jetzt geltenden Seemanns-Ordnung lautet:

„Der Schiffer ist befugt, alle zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zur Sicherung der Regelmäßigkeit des Dienstes erforderlichen Maßregeln zu ergreifen. Zu diesem Zwecke darf er namentlich auch herkömmliche Erschwerungen des Dienstes oder mäßige Schmälerung der Kost, letztere jedoch auf höchstens drei Tage, als Strafe eintreten lassen. Geldbuße, körperliche Züchtigung oder Einsperrung darf er als Strafe nicht verhängen.

Bei einer Widersetzlichkeit oder bei beharrlichem Ungehorsam ist der Schiffer zur Anwendung aller Mittel befugt, welche erforderlich sind, um seinen Befehlen Gehorsam zu verschaffen. Er darf gegen die Betheiligten die geeigneten Sicherungsmaßregeln ergreifen und sie nöthigenfalls während der Reise fesseln.

Jeder Schiffsmann muß dem Schiffer auf Erfordern Beistand zur Aufrechthaltung der Ordnung, sowie zur Abwendung oder Unterdrückung einer Widersetzlichkeit leisten.

Im Auslande hat der Schiffer in dringenden Fällen die Kommandanten der ihm zugänglichen Fahrzeuge der Kriegsmarine des Reichs um Beistand zur Aufrechthaltung der Disziplin anzugehen.“

Der sozialdemokratische Entwurf von 1893 wollte für den § 79 folgende Fassung:

„Leistet ein Schiffsmann den wiederholten dienstlichen Befehlen seines Vorgesetzten keine Folge, so ist der Schiffer zur Anwendung derjenigen Mittel befugt, welche erforderlich sind, um seinen Befehlen Gehorsam zu verschaffen. Jedoch darf er **keine körperliche Züchtigung an den Betheiligten vornehmen oder dulden und auch keine Strafen irgend welcher Art über dieselben verhängen.**

Jeder Schiffsmann muß dem Schiffer auf Erfordern Beistand zur Aufrechthaltung der Ordnung usw.“

Derselbe Wortlaut findet sich auch im Entwurf vom 9. Dezember 1895 im § 77 wieder.

Wie stellt sich nun der Nautische Verein zu dieser Frage? Er faßt sich in seinem Entwurf von 1895 kurz und bündig:

„Der Schiffer ist befugt, alle zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zur Sicherung der Regelmäßigkeit des Dienstes erforderlichen Maßregeln zu ergreifen.“

Man vergleiche diesen Absatz mit dem oben angeführten Wortlaut des 1. Absatzes des bestehenden Gesetzes. Von all den Zwangsmaßregeln und Strafverschärfungen will auch der Nautische Verein nichts mehr wissen. Den 2. Absatz des § 79, welcher dem Schiffer das Recht giebt, bei „Widersetzlichkeit“ und „beharrlichem Ungehorsam“ die Betheiligten zu fesseln, will der Nautische Verein ganz gestrichen haben.

Der Absatz 3, welcher den Schiffsmann verpflichtet, dem Schiffer Beistand zu leisten, soll bestehen bleiben und im 4 Absatz soll es heißen „Im Auslande **kann** der Schiffer usw.“ statt „hat der Schiffer“ 2c.

Interessant sind nun die Gründe, welche der Nautische Verein auf seinem 26. Vereinstage für seine immerhin auffällige Stellungnahme zu dem § 79 durch den Mund des Kapitäns Landerer-Hamburg ins Feld zu führen für gut befand. Der Herr führte ungefähr Folgendes aus:

„Die Bestimmung, daß der Schiffer eine Schmälerung der Kost eintreten lassen könne, müsse aus der Seemannsordnung auf so lange ausgemerzt werden, als die Verfügung bestehen bleibe, daß der renitente Schiffsmann nicht eingesperrt werden dürfe, da diese Bestimmung — Schmälerung der Kost — sonst leicht zu einem Schlupfwinkel für die „Seeadvokaten“ — damit meint der Herr natürlich die Sozialdemokraten — werde. Ebenso müsse auch die Fesselung aus der Seemannsordnung gestrichen werden, weil die Seeleute meinten, daß dieses die äußerste Maßregel sei, welche sich ein Schiffer erlauben dürfe. Alle Seeleute, die in die Lage kämen, sich ein solches Vergnügen — nämlich die Fesselung an sich vornehmen zu lassen — zu leisten, legten den Paragraphen so aus. Dann sei aber auch das Fesseln auf der See eine eigene Sache; es gehörten dazu bekanntlich immer zwei, nämlich der Eine, der es ausführe, und der Andre, der es sich gefallen lasse. Diese nothwendige Harmonie der beiden Parteien zu finden, darauf könne man nicht immer rechnen. Der Richter würde im Streitfalle immer fragen: Warum hast Du den Mann nicht gefesselt? Dem Kapitän werde es aber schwer, den Richter zu überzeugen, daß die Fesselung in der Praxis sich nur in den wenigsten Fällen durchführen lasse — eben weil man den Mann nicht entbehren könne. Es würde auch bei den heutigen Verkehrsverhältnissen dem Kapitän schwer auf der Seele liegen, wenn er im Kanal bei schlechtem Wetter, wo jeden Augenblick eine Kollision vorkommen könne, sich sagen müßte: **Da unten im Raum liegt Einer, der nicht Arme noch Beine rühren kann.** Einen Wächter aber könne man bei einem unschädlich gemachten Mann, wegen der schwachen Bemannung der Schiffe nicht hinstellen.“

Diese Auslassungen haben nun wohl dahin geführt, daß auch die Regierung zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß in der That die Bemannung der Schiffe so schwach ist, daß von einer Fesselung des Renitenten nicht mehr die Rede sein kann. In der Regierungsvorlage fehlen denn auch alle die Bestimmungen, die als strafverschärfend in dem § 79 der jetzt noch bestehenden Ordnung enthalten sind. Der betreffende Paragraph in dem Regierungsentwurfe lautet:

„Der Schiffsmann ist der Disziplinargewalt, der Schiffsjunge der väterlichen Zucht des Schiffers vom Antritte des Dienstes bis zu dessen Beendigung unterworfen.

Uebermäßige und unanständige Züchtigungen, sowie jede die Gesundheit des Schiffsjungen gefährdende Behandlung sind verboten.

Der Schiffer kann die Ausübung der ihm zustehenden Disziplinargewalt auf die Schiffsoffiziere übertragen.“

Jetzt soll der arme Schiffsjunge büßen, wenn der Schiffer seinen Groll nicht anderwärts austoben kann. Diese Sätze müssen unbedingt aus der Seemannsordnung heraus. Wir müßten uns ja schämen, wenn wir im zwanzigsten Jahrhundert, dem Jahrhundert der „Humanität und Freiheit“, wie es so schön aus allen Sylvestertoasten herausgeklungen hat, noch solche barbarische Sitten wieder einführen wollten. Es ist und wird noch übergenug auf den Schiffen geprügelt, ohne daß der Reichstag den Schiffern und deren Untergebenen das Recht giebt, die Fockbrasse nach Belieben auf dem Rücken eines wehrlosen Jungen tanzen zu lassen.

Die Kapitäne und Schiffsoffiziere fühlen denn auch das Verletzende dieser Bestimmungen. Sie wollen sich nicht zu Bütteln herabgewürdigt wissen. Sie sehen auch in dem Schiffsjungen einen Menschen, der das unveräußerliche Recht hat, auf eine menschenwürdige Behandlung Anspruch zu machen. Der „Verein deutscher Kapitäne und Offiziere der Handelsmarine Hamburgs“ hat in seiner letzten Versammlung ganz energisch protestirt und **einstimmig** beschlossen, die Streichung der Bestimmung, laut welcher der Schiffsjunge der väterlichen Gewalt des Kapitäns unterworfen sein soll, zu beantragen.

In dem Versammlungsbericht ist ausdrücklich hervorgehoben, daß die Versammlung sehr stark auch von Schiffskapitänen besucht gewesen sei, und daß **alle** mit nur einer Stimmenthaltung für die Streichung dieses Passus gestimmt hätten. Natürlich giebt es anderwärts auch Schiffskapitäne, die mit der Prügelbefugniß voll und ganz einverstanden sind. So haben unsere Lübecker Schiffer kein Wort des Tadels gefunden. Sie haben ja auch keinen selbstständigen Verein, sondern sitzen unter den Fittichen des Nautischen Vereins an der Seite der Rheder, und mit denen mag nicht allemal gut Kirschen essen sein, sintemalen man mit den Steinen geworfen werden könnte. Wenn man übrigens den Zeitungsmeldungen trauen darf, so hoffen unsere Herren Schiffskapitäne, daß wir, die Sozialdemokraten, uns schon bemühen werden, alles das aus der Seemannsordnung zu entfernen, was geeignet ist, Ordnung und gute Sitte auf unserer Handelsmarine zu stören. In diesen, ihren Hoffnungen sollen sie sich nicht getäuscht sehen, umsoweniger, als auf unseren Schiffen — das muß zur Ehre der lübschen Kapitäne gesagt werden — das Prügeln schon seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts keine Mode mehr ist.

Doch nun zurück zum § 79. Es heißt da, daß „der Schiffsjunge der väterlichen Zucht des Schiffers“ unterworfen ist. Leider ist ja der Gesetzentwurf noch nicht an den Reichstag gelangt, und wissen wir deshalb auch nicht, welche Begründung die Regierung dem § 79 beigegeben hat. Uns will aber bedünken, daß in der auch von uns zum Theil mitgetheilten allgemeinen Begründung, soweit sie sich nämlich auf die gewaltigen technischen und sozialen Umwälzungen in maritimen Betrieben bezieht, sich eine ganz gewaltige Lücke befindet. Wir meinen nämlich in Bezug auf die Zusammensetzung der Schiffsmannschaft.

Im § 5 Abs. 2 heißt es:

„Ist der Schiffsmann ein **Deutscher**, so darf er vor vollendetem **vierzehnten** Lebensjahre zur Uebernahme von Schiffsdiensten nicht zugelassen werden u. s. w.“

Demnach scheint es also, als ob man die niedrigste Grenze des Lebensalters eines Schiffsmannes an das vollendete 14. Lebensjahr gebunden wissen wolle. Wir sagen, es scheint so, denn in der That, es steht schwarz auf weiß in dem Regierungsentwurf, daß nur ein Deutscher nicht vor vollendetem vierzehnten Lebensjahre angemustert werden darf. Jeder Kruuegerboy, jeder chinesische Kulijunge, sowie überhaupt Jungen anderer Nationen können unter Umständen schon mit 10, 12 und 13 Jahren als Schiffsjunge angemustert werden.

Der § 5 ist mit einziger Abänderung des Wortes „Bundesgebiet“ in **Reichs**gebiet, wörtlich aus der Seemannsordnung vom 27. Dezember **1872** übernommen worden.

Man hätte die heutigen Verhältnisse aber doch ein wenig näher in den Kreis der Erwägungen ziehen und den Passus einfach so fassen sollen: „Vor vollendetem vierzehnten Lebensjahre darf **Niemand** zur Uebernahme von Schiffsarbeiten zugelassen werden.“

Nun scheint die Regierung aber nicht die blasse Ahnung davon zu haben, daß es heute nicht allein eine nicht geringe Zahl bärtiger Schiffsjungen, sondern sogar verheiratheter Schiffsjungen giebt; das heißt Leute, welche einestheils durch mancherlei wirthschaftliche Nebenumstände von ihrem Beruf abgestoßen worden sind, und nun, als ihre letzte Rettung den Seedienst ansehen. Anderntheils solche, welche jenseits des „großen Wassers“ nicht das gefunden, was sie dort gesucht haben, und die nun bestrebt sind, als „Ueberarbeiter“, d.h. wenn nichts anders sich bietet, sogar wieder den heimathlichen Strand zu erreichen.

Soll nun die Fockbrasse künftighin, sowohl auf dem Rücken des zarten Kindes — ganz gleich ob seine Haut weiß, schwarz, gelb oder braun ist — als auch auf dem Rücken des gereiften Mannes tanzen? Das wäre doch eine Schmach sonder gleichen, und wir begreifen die Entrüstung der Hamburger Kapitäne und Seeoffiziere vollständig. Sie kennen die Verhältnisse zu genau. Sie wissen, mit welchem Menschenmaterial sie heute im Zeichen des stetig wachsenden Großkapitals zu thun haben.

Wer als Schiffsjunge gemustert hat, gilt auch als solcher, ganz gleich ob er 14, 20 oder 40 Jahre alt ist, und wenn der Schiffsjunge der „väterlichen Zucht“ des Schiffers unterworfen ist, dann kann auch der gereifte Mann vom „Alten“ eine väterliche Züchtigung erhalten. Das Gesetz erlaubt es ja, und mancher zu sehr „väterlich“ angelegter Schiffer wird sich sicher dieses gefundene Fressen nicht entgehen lassen, sintemalen mancher vor lauter lange Weile so wie so nicht recht weiß, was er mit seiner Zeit eigentlich anfangen soll.

Man ist jetzt von allen Seiten bestrebt, die Binnenländer für den Seedienst zu gewinnen. Wenn aber die schlagende „väterliche Zucht“ durch Gesetze eingeführt werden sollte, werden sich die Väter ernstlich bedenken, ob sie ihren Jungen der rohen Willkür eines

„väterlich" veranlagten Seegewaltigen überantworten, oder ob sie ihn nicht doch lieber zu Hause bei einem ehrsamen Meister in die Lehre gehen sollen. Seide ist so wie so bei der Seefahrt nicht zu spinnen, und nur den wenigsten gelingt es, auf dem Achterdeck als Kapitän oder Seeoffizier spazieren — „keilen" nennt's der Seemann — zu dürfen. Deßhalb fort mit der „väterlichen Zucht" aus der Seemannsordnung.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lüb. Volksbote.")

Berlin, den 14. Februar 1900.

Der Reichstag beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit den Eisenbahnen in den deutschen Kolonien: wie wir gestern erwähnten, waren auf Antrag Richter die betreffenden Titel aus den Etats für die einzelnen Kolonien herausgenommen und zum Zweck der gemeinsamen Berathung zusammengestellt worden. Die Berathung begann mit den ostafrikanischen Bahnen; darüber hinaus ist sie heute nicht gediehen. Unter den Forderungen befanden sich nämlich zwei, die auf den heftigsten Widerstand im Hause stießen, erstens die Fortführung der unter dem Namen der „Kaffeebahn" bekannten Usambarabahn und zweitens der Bau der Stichbahn von Dar-es-Salaam nach Mongroro, aus der nachher — was Herr von Buchka freilich so halb und halb leugnete — sich die sogenannte „Centralbahn" entwickeln soll. Der Referent Prinz von Arenberg, Verwandter des be—rühmten Prinzen gleichen Namens, befürwortete Namens der Kommission die Forderungen; aber gleich die Rede seines Parteigenossen Dasbach bewies, daß das Zentrum allgemach ein Haar in der Kolonialfexerei gefunden hat. Herr Dasbach meinte ganz richtig, man solle das Geld lieber im Inlande verwenden, worauf Kolonialdirektor von Buchka mit der in diesem Falle — gegenüber dem natürlich unbeweibten Kaplan Dasbach — besonders unglücklichen Wendung herausplatzte, der Vorredner stehe auf dem Standpunkte eines vorsichtigen Familienvaters, der ein Stück Geld für seine Kinder zurücklegen wolle! In einer Rede, die reich war an grobkörnigem Humor, geißelte Herr Richter die Kolonialpolitik der spanischen Schlösser, Mondgüter und Zukunftsplantagen und wies in drastischer Weise darauf hin, daß wir an dem verkrachten Unternehmen der Usambarabahn, wie sie jetzt ist, gerade genug haben.

Der Kolonialschwärmer Graf Arnim versuchte sich in Witzen zu ergehen, die meist sehr schwach ausfielen; auf seine Klage darüber, daß gestern in Kolonialskandalen geschwelgt sei, diente Bebel auf das kräftigste. Ferner ergänzte unser Fraktionsredner in der werthvollsten Weise die Ausführungen des Abg. Richter; am Schlusse seiner wirksamen Rede forderte er die Reichsboten auf, sich nicht nach Quartanerart in eine Tropenbegeisterung hereinreden zu lassen, die bei Knaben verzeihlich sei, die aber ernsten Männern schlecht anstehe. Nach einem ausgedehnten und ziemlich langweiligen Hin- und Herreden — Herr Buchka marschirte einmal wieder zur Abwechselung mit dem Sklavenhandel auf, der mag der Himmel wissen wie, durch die neuen Eisenbahnen unterdrückt werden soll — ergriff der neugebackene Adelige, Bankdirektor Dr. v. Siemens von der freis. Vereinigung das Wort, um sich im Gegensatz zu seinem Fraktionsgenossen, dem Bremer Großkaufmann Frese — der sich so ziemlich im Sinne Richters geäußert hatte — als glühenden Verehrer der Centralbahn vorzustellen. Auf Bebels Frage freilich, warum er nicht dafür sorge, daß das Privatkapital dies patriotisch-förderſame Werk unternehme, blieb er die Antwort schuldig. Eine harmlose Aeußerung des sonst übrigens nicht geistlosen Siemens verursachte, daß sich der gefürchtete agrarische Redeschwall des Dr. Oertel über das Haus ergoß. Endlich war man des grausamen Spiels müde; es kam zur Abstimmung und siehe da: es ergab sich die einstimmige Annahme des Antrages Richter auf Zurückverweisung an die Kommission. — Der Rest des kolonialen Eisenbahnetats soll morgen erledigt werden.

148. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: v. Buchka.

Die zweite Berathung des Kolonialetats wird fortgesetzt bei den gestern zurückgestellten, auf Eisenbahnen bezüglichen Titeln. Zunächst stehen zur Berathung die Forderungen für Ostafrika betr. Fortführung der Bahn Tanga-Mukesa bis nach Korogore und betreffend Vorarbeiten für die Bahn Dar-es-Salaam bis Mrogoro und für die telegraphische Verbindung von Dar-es-Salaam und Kilossa.

Die Kommission beantragt Bewilligung der Forderungen.

Dasbach (Z): Für die Usambarabahn in Ostafrika haben wir bisher schon 2 Millionen aufzuwenden gehabt. Die jetzt für die Fortführung der Bahn geforderten 72 000 Mk. bitte ich zu streichen, da sich die Hoffnungen auf die Rentabilität der Bahn nicht erfüllt haben. Der Kaffeebau hat unter einer gewaltigen Dürre in den letzten Jahren dort außerordentlich gelitten. — Für die Ergänzung der Vorarbeiten für die Bahn Dar-es-Salaam bis Mrogoro werden 100 000 Mk. und für die telegraphische Verbindung von Dar-es-Salaam nach Kilossa 20 000 Mk. gefordert. Ein Beweis dafür, daß sich diese Bahn rentiren wird, ist nicht zu liefern und nach den schlechten Erfahrungen mit der Usambarabahn haben wir doch allen Grund, recht vorsichtig zu sein. Ich bitte Sie, auch diese Forderung abzulehnen. Wenn man die großen Forderungen für die Flotte und den Kanal bedenkt, so muß man doch angesichts dieser Forderungen fragen, liegt denn in Deutschland das Geld auf der Straße? (Beifall im Zentrum). Möge sich das deutsche Kapital an den dortigen Unternehmungen betheiligen, das Geld der Steuerzahler darf dafür nicht verwandt werden.

Direktor von Buchka: Der Herr Vorredner steht auf dem Standpunkt eines sparsamen Privatmannes, der sein Geld für seine Kinder zusammenhält. In großen Dingen ist aber dieser Standpunkt nicht haltbar. Im kulturellen Interesse war der Kauf der Usambarabahn durchaus gerechtfertigt. Auch die finanziellen Aussichten der Bahn werden sich gewiß bessern. Die letzte große Dürre bedeutete eine große Seltenheit; sind einmal ihre Folgen überwunden, dann werden die Kaffeeplantagen voraussichtlich einen bedeutenden Aufschwung nehmen. Ich bitte Sie daher dringend, keinen Abstrich vornehmen zu wollen. Bei der Zentralbahn, von welcher der Herr Vorredner gesprochen hat, handelt es sich um eine Stichbahn. Ob dieselbe weiter gebaut werden soll, ist eine offene Frage. Der Reichstag bindet sich also mit der Bewilligung nicht für spätere Forderungen.

Richter (FVp.): Herr v. Buchka äußerte sich geringschätzig über den „engherzigen Standpunkt eines Privatmannes". Der Unterschied ist der, daß ein Privatmann schließlich mit seinem Geld thun kann, was er will, während das Reich dagegen aus den Mitteln der Steuerzahler wirthschaftet. (Sehr richtig! links.) Soviel ich weiß, erwirbt man Kolonien, um dem deutschen Kapital Gelegenheit zu rentabler Anlage zu verschaffen, nicht aber, um wilden Völkerstämmen Wohlthaten zu erweisen. — Mit der Usambara-Bahn haben wir ein schlechtes Geschäft gemacht, wegen der Kaffeebahn vertröstet man uns auf die Zukunft; ein Beweis, daß sie sich wirklich rentiren wird, ist nicht erbracht worden. (Sehr richtig! links.) Man hatte für 1900 eine Einnahme aus den Kaffeetransporten von 117 000 Mark uns vorgerechnet; jetzt sind auf einmal 7 000 Mark daraus geworden. Wie reimt sich das zusammen? (Heiterkeit.) Es zeigt sich, daß wir Recht hatten, damals gegen die Erwerbung der Bahn zu stimmen; hätten Alle so gestimmt, würde man uns jetzt nicht die Weiterführung zumuthen. Die „weiten Kreise", die nach der Behauptung des Staatssekretärs sich für das Unterlassen des Weiterbaues grämen, sind das Kolonialamt und ein paar an den Kolonien besonders interessirte Personen (Sehr richtig! links); die deutschen Afrikander (Heiterkeit), auf die unsere Ablehnung einen niederschlagenden Eindruck machen soll, kenne ich nicht. — Herr v. Buchka sprach von den Plantagenländereien, durch die die Bahn geführt werden soll. Die Plantagen sind leider nicht da: es sind Zukunftsplantagen. (Heiterkeit.) Soll die Kultur durch eine Eisenbahn gesteigert werden, so muß wenigstens etwas Kultur vorhanden sein, die gesteigert werden kann. — Und wo soll der Transport herkommen? Wie es mit dem Kaffee steht, haben wir gesehen; aber auch mit dem Kautschuk, und dem Elfenbein wird es nicht weit her sein. Herr Dasbach wies mit Recht auf die Kosten des Flotten- wie des Kanalplanes hin. In Preußen drängt Herr v. Miquel auf größtmöglichste Sparsamkeit bei Eisenbahnbauten, während wir hier eine Bahn bewilligen sollen, deren vollständige Ausführung 250 Millionen kosten würde. (Hört, hört! links.) Ich beantrage Zurückverweisung des Titels an die Budgetkommission. (Beifall links.)

Graf Arnim (Rp): Nachdem gestern der Abg. Bebel in Kolonialskandalen geschwelgt hat, begrüße ich es mit Freuden, daß heute eine wirthschaftliche Frage mit nüchternen Gründen und Gegengründen erwogen wird, wenn ich auch den Standpunkt des Abg. Richter nicht theilen kann, den glücklicher Weise die weit überwiegende Mehrheit der Nation auch nicht theilt. (Lachen links.) Bei der Betrachtung der Kolonien setzt Herr Abg. Richter stets eine schwarze Brille auf. — Wir gehen nicht blos des Geldes, sondern der Kulturverbreitung halber über's Meer. Der Herr Kolonialdirektor hat schon ausgeführt, daß sich der Kaffeebau alsbald wieder heben wird; außerdem können in jener Gegend Schneidemühlen angelegt und Mais und Lupinen gebaut und auf der Eisenbahn Maschinen und Lebensmittel transportirt werden. Ich bitte um Bewilligung der Regierungsforderungen und ersuche Sie, dem Grundsatze des Herrn Richter „Immer langsam voran, daß der deutsche Fortschritt mitkommen kann" keine Folge zu leisten.

Frese (FVg.): Der Reichstag hat verschiedentlich seine Geneigtheit bewiesen, für Eisenbahnbauten in unseren Kolonien Geld zu bewilligen; aber es geht doch nicht an, das Reich dafür bluten zu lassen, daß eine Privatgesellschaft unglücklich gebaut hat. (Sehr richtig! links.) Im Allgemeinen kann ich mich den Ausführungen des Kollegen Dasbach anschließen; wenn er aber meinte, durch die Auswanderung nach den Kolonien werde die Leutenoth gesteigert, so muß ich sagen, daß mir von einer solchen Auswanderung nichts bekannt ist. (Sehr richtig! links.) Ich schließe mich dem Antrage auf Rückverweisung an die Kommission an, zumal wir wegen der Flottenvorlage ganz besonders vorsichtig sein müssen.

Bebel (SD.): Graf Arnim sprach davon, daß ich in Kolonialskandalen schwelge. Besser wäre, er sorgte dafür, daß solche Skandale nicht vorkommen. Der Unterschied ist der, daß Sie sich bemühen solche Skandale zu vertuschen (sehr richtig! links; sehr unrichtig! rechts), während wir es für unsere Pflicht halten, sie hier vorzubringen. Wenn Graf Arnim von der schwarzen Brille sprach, die Abg. Richter in Kolonialangelegenheiten sich aufsetze, so kann man umgekehrt von der rosenfarbigen Brille sprechen, die er trotz aller Enttäuschungen fortwährend trägt. Alle unsere Voraussagungen sind eingetroffen. Die Freisinnigen und wir haben von vornherein behauptet, daß bezüglich der voraussichtlichen Rentabilität dieser Bahn die Verhältnisse durchaus nicht so lägen, wie sie in der Kommission und im Reichstage geschildert wurden. Die Denkschrift giebt selbst zu, daß die Zustände auf der Bahn nicht besonders gute sind. Die Steigerung des Transports im Juni ist vor allem hervorgerufen durch die Versendung von Lebensmitteln in die von der Hungersnoth heimgesuchten Distrikte. Herr von Buchka will die Bezeichnung Centralbahn nicht gelten lassen, es handelt sich aber in der That um eine Centralbahn, über die bereits eine große Litteratur besteht. Der Herr Kolonialdirektor wird später doch von den Kolonialfreunden dazu gedrängt werden, an den Reichstag mit einer Forderung zum Weiterbau der Bahn heranzutreten, wenn er es jetzt auch leugnet. Die Centralbahn wird thatsächlich heute bereits projektirt. — Man denkt an einen Anschluß an die von Cecil Rhodes zu bauende Bahn. Wir wollen erst abwarten, wie sich die Dinge in Südafrika entwickeln. (Sehr richtig! links.) Die Bahn ist allerdings für England von eminenter politischer Wichtigkeit, damit es auf diesem Wege seine Truppen nach Indien schicken kann, wenn ihm der Suezkanal versperrt wird. Die Kosten der Centralbahn dürften sich auf 120 Millionen belaufen. Professor Meyer hält die Bahn kolonialpolitisch und wirthschaftlich nicht für vortheilhaft. Das Innere Afrikas sei in Folge der klimatischen Verhältnisse ungemein einförmig und steril. Zu den Baukosten würden noch die Entwässerungskosten hinzukommen, ohne die eine Ertragsfähigkeit nicht zu erzielen sei. Als Transportgegenstände kommen nach Prof. Meyer allein in Frage Kautschuk und Elfenbein. Also auch die Kolonialfreunde haben alle Ursache, zu überlegen, ob sie den Forderungen für die Flotte noch neue Kosten für Kolonialunternehmungen hinzufügen wollen. Ich warne Sie, jetzt A zu sagen, damit Sie nicht in Zukunft B und C sagen müssen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Dasbach (Z.) erklärt sich Namens seiner Freunde für den Antrag Richter. Das Zentrum hat im vorigen Jahre die höhere Summe für die Usambarabahn bewilligt, weil sie zu niedrigerem Preise nicht zu haben war.

Direktor v. Buchka: Die Bahn wird in Fällen von Hungersnoth Lebensmittel herbeischaffen können und auch dem Arbeitermangel abhelfen. Der Bau einer Zentralbahn ist nicht von mir beabsichtigt; die abfälligen Urtheile des Herrn Schweinfurth sind also verfrüht.

Dr. Graf von Stolberg (R.): Der Werth der Usambarabahn ist bis jetzt nicht groß, aber wir sind Freunde der Kolonialpolitik und wollen sehen, ob nicht doch noch etwas aus den Kolonieen zu machen ist. Unsere Kolonien können wir nur heben durch den Bau von Bahnen. Wir werden auch für den Antrag Richter stimmen, weil wir in der Kommission noch auf Verständigung hoffen. (Beifall rechts.)

Richter (FVp.): Wir begünstigen die Kolonieen jetzt thatsächlich auf Kosten des Mutterlandes. Wo etwas zu holen ist, da betheiligt sich das deutsche Kapital schon. Eine Bahn soll Seuchen verhindern, es kann auch umgekehrt sein. Die Herren rechts wollen in Afrika Bahnen bauen, den Mittellandkanal lehnen sie ab. (Sehr gut! links.) Es ist fraglich, ob nicht die Ausbreitung der politischen Herrschaft den Missionen mehr schadet als nützt. (Sehr richtig! links.) In der Kolonialpolitik gehen wir nicht „nur immer langsam voran", sondern betreten garnicht erst die falsche Bahn. (Beifall links.)

Dr. Stockmann (Rp.) befürwortet die Verlängerung der Usambarabahn.

Dasbach (Z.) wiederholt, daß der Bahnbau dem privaten Kapital überlassen bleiben müsse. Gegenüber den „einigen Millionen", von denen Graf Stolberg spreche, müsse er darauf hinweisen, daß die Millionen sich so zusammenläppern. (Heiterkeit links.)

Dr. v. Siemens (FVg.): Ich für meine Person gestehe, eine gewisse Begeisterung für die Zentralbahn zu empfinden. Gegenüber den Klagen über die Unrentabilität der Bahn weise ich darauf hin, daß die Berliner Stadtbahn noch heute nicht die Zinsen des in ihr steckenden Kapitals einträgt. In die Klagen über das ostafrikanische Klima kann ich auch nicht einstimmen; wo es sich um den Vortheil einer ganzen Nation handelt, kann die Gesundheit einzelner Personen nicht maßgebend sein, namentlich, wenn sie freiwillig hingehen. (Lachen links.) — Wir leben in einer Zeit, da alle Nationen danach streben, große Gebiete zu einem einheitlichen nationalen und wirthschaftlichen Ganzen zu vereinigen. England, wo Disraeli, Roseberry und Chamberlain die Apostel dieser Idee sind bezw. waren, und Rußland, sind uns auf diesem Wege vorangegangen; aus dem Walten dieser Tendenzen ist auch der Krieg in Südafrika zu erklären, der ohne diese Grundlage eine reine Narrheit sein würde. — Bis in die siebziger Jahre befanden wir uns in Deutschland im Beharrungszustande, indem die Agrikultur alles lieferte, was die Nation zu ihrer Ernährung gebrauchte. Aus diesem Zustande riß uns die Bismarcksche Zollpolitik von 1878, von der die von den Konservativen so sehr verdammte Caprivische Handelsvertragspolitik nur die konsequente Fortsetzung war. (Lachen rechts.) Ihr Lachen, meine Herren, berührt mich nicht im mindesten. Die Sache ist die: die Schutzzollpolitik hat die industrielle Entwicklung in einem Tempo gefördert, dem trotz aller Anstrengungen die Landwirthschaft nicht hat nachkommen können. Und für diese Industrie brauchen wir jetzt neue Absatzgebiete. — Von dem Bau der Zentralbahn haben sich 1896 die Bankiers zurückgezogen, weil damals die englische Mombassa-Bahn noch nicht existirte. 1899 wurden auf Veranlassung meines Freundes Oechelhäuser die Verhandlungen wieder aufgenommen. Da aber damals die Nation anfing, die Mittel nach einer anderen Richtung zu concentriren, zerschlug sich die Sache. Aber von der Nothwendigkeit dieses Bahnbaus sind noch heute alle betheiligten Personen überzeugt (Zuruf des Abg. Richter: nur nichts selbst riskiren.) Nein, Herr Richter, auf diesem Standpunkt stehen wir nicht. Wir wollen nicht Börsenjobber, sondern eine Art Pfadfinder des Unternehmungsgeistes der Nation sein. (Lachen b. d. Soziald. und einem Theil der Rechten.) — Die Bahn wird gebaut werden, wie die Bahn vom Süden nach dem Norden Afrikas von Cecil Rhodes gebaut werden wird. (Lachen links.) Vor 60 Jahren spotteten die Philister über den Bau der Bahn von Leipzig nach Dresden. So spotten auch die Philister von heute. Sie werden bald lernen müssen, A zu sagen, um später überhaupt noch B und C sagen zu dürfen. (Beifall bei den Nationalliberalen und einem Theil der Rechten.)

Bebel (SD.): Sind die Mittheilungen des Herrn v. Siemens richtig, so hat sich die Regierung eine wunderschöne Gelegenheit entgehen lassen, die Bahn vom Privatkapital gebaut zu erhalten. Herr Siemens rühmte vorher den Quartanerenthusiasmus. Ich denke, die Aktionäre der Deutschen Bank werden die Bemerkung für einen guten Witz halten; im anderen Falle würden sie ja Gefahr laufen, daß ihr Herr Direktor neben dem Quartanergemüth auch Quartanerverstand besitzen möchte. — Herr Hasse kann sich nicht auf Herrn v. Siemens berufen. Denn dieser ist gerade für den Bau der Zentralbahn und gegen den Bau der Stichbahn. Glaubt der Herr v. Siemens wirklich an die Erfolge der Bahn, warum tritt er nicht schon jetzt an die Spitze des Unternehmens? So stehen wir vor der eigenartigen Thatsache, daß er anderen Leuten den Rath giebt, die Tasche aufzumachen, selbst aber die vollen Taschen zuhält. Herr von Siemens hat von sächsischen Philistern gesprochen, die vor 60—70 Jahren den Bahnbau von Dresden nach Leipzig für unmöglich erklärt haben. Auch heute baut man keine Eisenbahn, die sich voraussichtlich so schlecht rentiren wird, wie die Usambarabahn. Herr v. Siemens meint, die großen Finanziers seien sozusagen die Führer und Lenker der Nation, die dem deutschen Unternehmungsgeiste die Wege weisen. Bisher haben die Herren aber nur gezeigt, daß diese Wege nicht nach Ostafrika führen. Deßhalb lassen wir lieber die Finger von dem ganzen Bahnbau. (Lebhafter Beifall links.)

Unterstaatssekretär v. Richthofen führt aus, das Bankkonsortium, welches sich im Jahre 1896 wegen des Bahnbaues an die Regierung wandte, habe außer einer 3 prozentigen Zinsgarantie eine Betheiligung von 20 pCt. am Ueberschuß und eine Garantie für Kriegsüberschüsse verlangt. (Hört! hört! links.) Auf diese Bedingungen habe er geglaubt, nicht eingehen zu können. Die Centralbahn werde trotz des Krieges in Transvaal kommen.

Dr Hasse (NL.): Meine Freunde werden für den Antrag Richter stimmen. Herr Prof. Hans Meyer erklärt sich zwar gegen die Centralbahn, mit gleicher Wärme aber für die Stichbahn.

Dr. Oertel (K.): Ich bin bis jetzt für Bahnbauten gewesen, nach der Begründung des Herrn Dr. Siemens aber bin ich in meiner Begeisterung sehr schwankend geworden. (Gr. Heiterk.) Herr Dr. Siemens hätte als Banquier mit seinem Urtheil über die Landwirthschaft zurückhalten sollen. Die deutsche Landwirthschaft steht technisch auf der Höhe, die sie bei den bestehenden mißlichen Verhältnissen nur irgend wie erreichen konnte.

Dr. v. Siemens (FVg.) führt eine Aeußerung des Direktors der Landwirthschaftlichen Hochschule in Berlin an, worin derselbe feststellt, daß die deutsche Landwirthschaft nicht mit der höchsterreichbaren Intensität arbeite.

Dr. Oertel (K.): Die Aeußerung des Herrn Direktors Delbrück beweist nur, daß die Landwirthe heute aus finanziellen Gründen nicht in der Lage sind, in genügender Menge künstliche Düngemittel zu verwenden. Würde das geschehen, so könnten sie Deutschland ausreichend mit Getreide versorgen. Ich werde mir dieses Zugeständniß des Abg. Dir. Siemens merken.

Damit schließt die Diskussion. Die beiden Etatspositionen werden dem Antrage Richter gemäß an die Budgetkommission zurückverwiesen.

Sodann wird die Weiterberathung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. (Außerdem Etat der Eisenbahnverwaltung. Antrag Münch-Ferber betr. Errichtung von Handelskammern im Ausland.

Schluß 5¾ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Mehr indirekte Steuern! Der Herausgeber der „Berl. Wiss. Korr." hatte, wie er mittheilt, eine Unterredung mit dem Bürgermeister von Hamburg, Dr. Lehmann, über die Flottenvorlage. Herr Lehmann ist natürlich Feuer und Flamme für die Flotte. Was er zu Gunsten der Vorlage ausführte, ist alt und interessirt daher nicht. Dagegen ist aus dem Bericht über das Gespräch folgende Stelle von höchstem Interesse. Den ebenfalls von verschiedenen Seiten angeregten Gedanken, auf dem Wege einer Erhöhung der Erbschaftssteuer, welche also nur die bemittelteren Schichten treffen

würde, die Kosten aufzubringen, wies Herr Bürgermeister Dr. Lehmann entschieden zurück. Hamburg, so erklärte er, habe bereits eine sehr hohe Erbschaftssteuer, deren Erträgniß es bei seinem hohem Budget aber selbst brauche. Den einzigen Ausweg, wenn man den Weg der Anleihe nicht beschreiten wolle, gegen den aber absolut nichts Stichhaltiges vorzubringen sei (??), erblickt der Hamburger Bürgermeister in der Einhebung indirekter Steuern. Also die Masse muß es bringen, d. h. wiederum die breite Masse der Unbemittelten, die ohnedies bereits durch die indirekten Steuern um das Vielfache schwerer bedrückt sind, als die potenten Kreise Deutschlands. Der Bürgermeister von Hamburg hat durch diesen seinen zarten Hinweis auf die armen und ärmeren Schichten der Bevölkerung die Anschauungen grell beleuchtet, mit denen die Gegner der Flottenvorlage zu kämpfen haben.

Zu der Verhandlung über die Kolonialskandale im Reichstag spricht die „Tägl. Rundschau" ihre Verwunderung darüber aus, daß der Kolonialdirektor von Buchka die Thatsache nicht mitgetheilt habe, daß Prinz Arenberg in Münster der Frau seines Wachtmeisters einen Tritt vor den Leib gegeben hat und deswegen den Rath erhielt, aus dem Heere auszuscheiden. Genosse Bebel hat bekanntlich am Dienstag im Reichstag noch mitgetheilt, ihm sei berichtet worden, daß in Togo ein Offizier der Schutztruppe vier Dorfälteste so habe mißhandeln lassen, daß sie starben; ein anderer Offizier der Schutztruppe habe eine Eingeborenenfrau zu Tode geprügelt und ihr Kind niedergeschossen. Zunächst erklärte Dr. v. Buchka, ihm seien die Fälle gänzlich unbekannt. Nachdem Bebel ihm privatim die Namen der betreffenden Kolonialhelden genannt hatt, ließ er dem „Vorwärts" zufolge feststellen, daß allerdings gegen die zwei Offiziere, die Hauptleute Künnenberg und Wagner, eine Untersuchung schwebe, nur solle der Sachverhalt etwas anderes sein, als an Bebel berichtet worden ist. Fest steht aber, daß es sich in beiden Fällen um Grausamkeiten handelt, die die beiden Offiziere gegen Eingeborene begangen haben; fest steht ferner, daß die beiden Offiziere sich in Deutschland befinden und sich ihres Lebens freuen, d. h. daß von einer Untersuchungshaft keine Rede ist. Jedenfalls ist es außerordentlich merkwürdig, daß die Kolonial-Verwaltung sich krampfhaft bemüht, über Vorgänge Dunkelheit zu verbreiten, über die Klarheit zu erlangen der Reichstag und das Volk, auf dessen Kosten die Kolonieen unterhalten werden, ein Recht haben.

Der sanfte Heinrich Rickert, der Reichstags-Abgeordnete für Danzig, protzte bekanntlich unlängst bei den Flottendebatten mit der Behauptung, er kenne in Danzig einen Flottenfreund, der Arbeiter und Sozialdemokrat also besser als die sonstigen bösen Sozis sei. Aus einer Zuschrift an den „Vorwärts" ersehen wir nun, daß Herr Rickert das Opfer seiner bekannten Naivetät geworden ist. Der betreffende Danziger Arbeiter, ein Kornträger Namens A., ist nie Sozialdemokrat gewesen. Vor 10 Jahren hat er zwar eine zeitlang mit der Partei geliebäugelt, seitdem jedoch jede Verbindung abgebrochen. Armer Heinrich! Es war also nichts.

Ein kampfesmuthiger Wasserheld ist der Vizeadmiral Thomsen. Bei der Schaffermahlzeit in Bremen meinte der Herr, daß das Jahrhundert, das eben begonnen habe, der Marine den Krieg bringen werde und bringen müsse. Das Vaterland brauche Sieger. Der Admiral suchte damit graulich zu machen, daß, wenn das neue Doppelgeschwader nicht hinzukomme zu den neuen Schlachtschiffen, „ein böser Bube" den Weg verlegen könne, daß die Deutschen Morgens keinen Kaffee mehr bekommen können. Er bezog sich dafür auf die Zeiten der Kontinentalsperre, in denen es keinerlei deutsche Flotte gab und außerdem die Franzosen bekanntlich Norddeutschland besetzt hielten. Die Flottenpatrioten werden immer naiver. Nun schrecken sie schon sogar die Spießer damit, es könnte ihnen, wenn die Flotte nicht bewilligt wird, eines Tages das „Schälchen Heeßen" fehlen.

Die Haager Friedenskonferenz hat bekanntlich ihre Vereinbarungen in drei „Verträgen" und drei „Erklärungen" und „Deklarationen" niedergelegt. Nach und nach haben nunmehr alle 26 Staaten die Konventionen unterzeichnet. Der Vertrag über die Schlichtung internationaler Verwickelungen auf friedlichem Wege ist nur von 22 Staaten unterzeichnet, während vier Staaten, nämlich die Vereinigten Staaten von Nordamerika, Rußland, Serbien und die Türkei ihre Zustimmung nur unter Vorbehalt geben. Der Vertrag über Revision der Gebräuche im Landkriege ist nicht unterzeichnet von der Schweiz, der Türkei und von China; die übrigen 23 Staaten unterzeichneten. Der Vertrag über Ausdehnung der Genfer Konvention auf den Seekrieg ist von Deutschland, England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika nur unter Vorbehalt unterschrieben. Die Erklärung, die das Werfen von Explosivstoffen aus Ballons verbietet, ist von England nicht unterzeichnet, von der Türkei unter Vorbehalt. Die Erklärung, die das Abschießen von Geschossen verbietet, die giftige und erstickende Gase verbreiten, ist von England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika nicht unterzeichnet. Die Erklärung, die das Abschießen von Geschossen (Explosionsgeschossen 2c.) verbietet, die infolge Veränderung ihrer Form den menschlichen Körper zerreißen, entbehrt der Unterschriften von England wiederum, von Portugal und den Vereinigten Staaten von Nordamerika. — Aus der ganzen Friedenskonferenz ist also so viel wie nichts herausgebraten, was vorauszusehen war.

Kleine politische Nachrichten. Für die Flotenvorlage ist als Referent in der Budgetkommission der Zentrumsabgeordnete Müller-Fulda bestellt worden, als Korreferent Abg. Dr. Paasche. In Reichstagskreisen verlautet übrigens, die Kommission werde in die Berathung der Vorlage erst nach Wochen, vielleicht sogar erst nach den Osterferien eintreten. — Ueber eine gesetzliche Regelung des Kartell- und Syndikatswesens schweben im preußischen Handelsministerium gegenwärtig Verhandlungen. Die Münchener „Allg. Ztg." bezeichnet es als wahrscheinlich, daß man sich in Deutschland an das österreichische Vorbild anlehnen wird. In Oesterreich ist seit Jahren ein Kartellgesetzentwurf vorbereitet. — Der Deutsche Verband kaufmännischer Vereine hat eine Eingabe an den Bundesrath gerichtet, die Berufs- und Arbeitslosenstatistik etwa von zehn zu zehn Jahren vorzunehmen und zählt darin eine Reihe von wünschenswerthen Aenderungen auf. — Nach der Londoner „Daily News" soll der Berliner Polizeipräsident sich dahin bemüht haben, daß Karrikaturen der Königin von England aus den Schaufenstern entfernt würden, da sie auch den Kaiser unangenehm berührten. — Weitere Polenverhaftungen meldet die „Rhein.-Westf. Ztg." aus Dortmund. Dort wurden Dienstag Nachmittag zwei Polen, und zwar der Buchdrucker Sigismund Melerowiez, Oesterholzstraße 36 und der Schneidermeister Johann Kolenda, Zimmerstraße 56 wohnhaft, verhaftet und in das Gerichtsgefängniß abgeführt. Die Beschuldigung gegen sie lautet, wie das Blatt erfährt, auf — Hochverrath. Sie sollen für den „polnischen Nationalfonds" in Rapperswil (Schweiz), der angeblich revolutionären Zwecken dient und in allen Ländern seine Agenten hat, Gelder gesammelt und abgeliefert haben. Der Buchdrucker hatte ein kleines Zimmer inne und druckte heimlich deutsche und polnische Schriften. — Daß Dr. Hahn dem Abg. Szmula eine Pistolenforderung hat zugehen lassen, bestätigt sich. Unrichtig ist dagegen, nach dem „H. C", daß sich Szmula's Fraktion mit der Angelegenheit befaßt und er auf deren Wunsch die Forderung abgelehnt habe. Der Zwischenfall ist vielmehr durch gegenseitigen Austausch von Erklärungen für die betheiligten Partrien erledigt worden. Für die Oeffentlichkeit ist der Fall selbstverständlich noch nicht erledigt. — Die sächsische Staatsbahn läßt wegen des Kohlenarbeiterstreiks von Montag ab eine wesentliche Beschränkung des Personenverkehrs eintreten. — Die Budgetkommission der zweiten badischen Kammer gewährte fünfzigtausend Mark zwecks staatlicher Unterstützung der Gewerbetreibenden und Arbeiter zum Besuch der Pariser Weltausstellung. — Dem dänischen Reichstage wird, nach der „Frankf. Ztg", noch vor dem Ablaufe dieser Session eine Gesetzvorlage über den Verkauf der westindischen Inseln an Amerika für den Preis von zwölf Millionen Kronen unterbreitet werden. — Das Verfahren gegen die „Aurore" in Paris wegen Beleidigung des Sultans ist eingestellt worden, nachdem der türkische Vertreter den Strafantrag zurückgezogen hat. — Die Exkaiserin Eugenie, die in Paris weilt, soll lebensgefährlich erkrankt sein. — Die portugiesische Kammer verwarf einstimmig den Antrag des Abgeordneten und ehemaligen Marineministers Almeida, der die Veräußerung von Kolonialbesitz befürwortete. Für Herrn v Bülow giebt's also vorläufig nichts zu handeln. — Die sensationelle Flucht des Schwagers des Sultans, Mahmud, sowie seiner beiden Söhne findet ein nüchternes Ende. Der türkische Botschafter in Paris telegraphirte an den Sultan, daß Mahmud und seine Söhne beschlossen haben, bedingungslos nach Konstantinopel zurückzukehren. Dieser Entschluß Mahmuds ist in erster Reihe auf den Einfluß des Präsidenten der Französischen Republik sowie des in Paris weilenden französischen Botschafters Constans zurückzuführen. — Ueber die Ermordung zweier Engländer in Südchina berichtet „Reuters Bureau" aus Rangoon: Das Mitglied der birmanisch-chinesischen Grenzkommission Scott theilte unter dem 9. ds. Mts. mit, daß die beiden britischen Mitglieder der Kommission, Dr. Kiddle und Sutherland, in Muanglem ermordet und der britische Konsul in Sjumao, Litton, welcher der Kommission ebenfalls angehörte, verwundet seien. Er, Scott, verhandle zur Zeit mit dem chinesischen General Liu über Maßnahmen zur Bestrafung der Schuldigen.

Transvaal.

Vom Kriegsschauplatze. Heute herrscht wieder einmal eine entsetzliche Nachrichtendürre. Das englische Kriegsamt, das sicherlich mancherlei Meldung erhalten hat, hält damit absichtlich zurück. Man ist daher lediglich auf private, vielfach unzuverlässige Meldungen angewiesen. So berichten Pariser Blätter aus Durban folgende Räubergeschichte: Der englische Leuchtthurmsignalchef ist des heimlichen Einvernehmens mit den Burenagenten für schuldig erkannt und erschossen worden. Er unterrichtete die Agenten durch Lichtsignale über Zahl und Gattung der eintreffenden englischen Truppen und trieb sein unsauberes Handwerk seit Beginn des Krieges. Jede Depesche brachte ihm 1500 Frks. Im ganzen soll er für seine Verrätherei 150 000 Franks bekommen haben.

Schier unglaublich klingt auch die Nachricht des Brüsseler „Petit Bleu" aus Pretoria, daß in den letzten Tagen des Dezember 2000 englische Soldaten an den Ufern des Maputaflusses an der Grenze von Swasiland und dem portugiesischen Gebiete angekommen seien, welche während des Rückzuges auf Dundee von den Truppen des Generals White getrennt worden und wochenlang im Zululande umhergeirrt seien. Sie seien ohne Stiefel und stark ausgehungert auf portugiesischem Gebiete angelangt, wo sie entwaffnet worden seien. Von diesen zweitausend Engländern glaubte man, sie seien mit General White in Ladysmith eingeschlossen.

Der militärische Mitarbeiter des „Morning Leader" erfährt, daß schon in wenigen Tagen eine neue Bewegung Buller's zum Entsatz von Ladysmith erwartet werden dürfe.

Aus Kapstadt wird gemeldet: Die fluchtartige schwere Niederlage des Generals Clements mit den gesammten Truppen vor Colesberg macht einen niederschmetternden Eindruck, da der Rückzug auf Rendsburg die Orangeburen zu Herren des Bahnsystems im Norden der Kapkolonie macht, Roberts abzuschneiden droht und die Offensive gegen den Freistaat vor der Hand unmöglich macht. Die Engländer verloren eine Anzahl Geschütze, fast sämmtliche Lagervorräthe, sowie Material, welches während des nächtlichen Retirirens nicht fortgeschafft werden konnte. Der Burenkommandant Delarey umgeht Naauwpoort, sodaß ein weiterer Rückzug südwärts nothwendig wird.

Der Brüsseler „Petit Bleu" bestätigt nach einem Privatbriefe aus Pretoria, daß der entflohene Kriegskorrespondent Lord Winston Churchill durch Vermittelung zweier Damen aus den besten Kreisen Pretorias seine Flucht bewerkstelligen konnte. In der Sache ist eine Untersuchung eingeleitet.

Ohm Krügers Verzweiflung. Die Londoner Zeitung „The Sun" schreibt: Krüger soll mit großem Bedauern gehört haben, daß zwei frische Divisionen von England eingetroffen seien. „Wo soll ich alle die Leute hinstecken?" Dann rief er verzweifelt: „Ich werde noch ein extra großes Gefangenenhaus bauen müssen."

Von der Aufopferungsfähigkeit der Burenfamilien theilt ein Johannesburger Korrespondent des Pariser „Temps" folgendes Beispiel mit. Eine Dame in tiefer Trauer, mit weißen Haaren und mit verweinten Augen sagte ihm:

„Ich habe meinen Mann und zwei Söhne in dem Kriege gegen diese abscheulichen Engländer verloren. Es bleibt mir nur noch ein Sohn übrig, der bei Ladysmith steht. Nun, wenn Gott will, möge er ihn nehmen! Wenn nur Transvaal, das Land meiner Väter, uns bleibt!"

So denken viele Mütter in Transvaal. Nach den vielen Zeichen der Trauer in der Bevölkerung scheinen übrigens die Verluste doch größer zu sein, als bisher offiziell zugestanden ist.

Den Londoner „Evening News" zufolge gab die Königin Viktoria die geplante italienische Reise wegen der ernsten Lage in Südafrika auf. Es bestätigt sich, daß Buller seinen Rückzug beschleunigt und die Uebergabe Kimberleys täglich zu erwarten steht. Andererseits dringen die Orangeburen unaufhaltsam vor; man erwartet einen baldigen Zusammenstoß derselben mit den Truppen des Lord Roberts. In Londoner Kreisen herrscht erneut eine dumpfe, schwüle Stimmung

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 15 Februar 1900.

Um große Kinder graulich zu machen, zeigt der unparteiische „General-Anzeiger" in einem Bilde seinen Lesern die „Blockadegefahr in einem deutsch-englischen Kriege" als Popanz. Für wie beschränkt muß der Tobias Stillvergnügt seine Leser halten, daß er sich erlaubt, mit ihnen Kasperletheater zu spielen.

Elektrischer Schleppbetrieb auf dem Elbe-Travekanal? Der Lübecker Briefschreiber des „H. C." bemerkt u. a. in seinem letzten Briefe:

„Von einem großen Projekt ist hier augenblicklich die Rede, worüber allerdings nur unter Vorbehalt zu berichten ist. Es handelt sich um die Einführung des elektrischen Schleppbetriebes auf dem Elbe-Trave-Kanal, der nicht, wie es zuerst hieß, staatsseitig, sondern von einer Gesellschaft eingeführt werden soll. Es heißt, daß Kapitalisten in Hamburg sich der Sache angenommen haben und daß alsbald mit dem Bau der nöthigen Gebäude und Anlagen vorgegangen werden soll, sodaß der Betrieb noch im Laufe dieses Jahres aufgenommen werden kann. Wie man sagt, sollen auch Lübecker Kapitalisten zum Beitritt aufgefordert worden sein."

Wir wollen hoffen, daß sich die Nachricht insofern nicht bewahrheitet, als der Betrieb einer Gesellschaft überlassen werden soll. Verkehrsmittel sollten stets in eigene Regie des Staates bezw. der Stadt übernommen werden.

Ein kleines Schadenfeuer brach gestern Nachmittag in der Tischlerwerkstätte von Bach, Adlerstraße 43, aus. Anscheinend sind durch die Hitze eines Kanonenofens Hobelspähne entzündet worden, die das Feuer, das übrigens nur geringe Schädigungen verursachte, dann weiter verpflanzten. Bevor die requirirte Wehr eintraf, war der Brand bereits mit Hilfe von Nachbarn gelöscht.

Die Stellvertretung des Staatsanwaltes ist für die Dauer der Beurlaubung des Ersten Staatsanwaltes Dr. jur. Böse vom Senate dem preußischen Gerichtsassessor W. H. F. Coing übertragen worden.

Dem Schiffszimmererparlier J. H. Kock, Neustraße, ist vom Senate „für der Baudeputation geleistete treue Dienste" die große silberne Medaille verliehen worden.

Aus dem Bürgerausschuß. In der Sitzung des Bürgerausschusses, die am Mittwoch stattfand, wurden zunächst drei neue Senatsanträge berathen. Der erste Senatsantrag betraf den Verkauf einer 6 a 36 qm großen Parzelle in Travemünde an die Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft. Der Ausschuß ertheilte die beantragte Mitgenehmigung. Der zweite Antrag des Senates forderte 2000 Mk. zur Beseitigung baulicher Mängel an der sog. Villa auf dem Hofe Carlshof. Der Oberförster Elle in Israelsdorf hatte in einer Eingabe an die Forstabtheilung des Finanzdepartements auf die Feuchtigkeit seiner Dienstwohnung in Israelsdorf hingewiesen und im Hinblick darauf die Zuweisung einer anderen geeigneten Dienstwohnung beantragt. Der Senat hat seine Klage berechtigt gefunden und will ihm nun die Villa auf Karlshof zur Dienstwohnung überweisen. Nachdem sich der Ausschuß von der Nothwendigkeit der Forderung überzeugt hatte, stimmte er dem Senatsantrage zu. Alsdann legte der Senat dem Ausschusse das Generalbudget der öffentlichen Wohlthätigkeitsanstalten für das Rechnungsjahr 1900/01 vor. Bei zwei derselben werden unwesentliche Ueberschüsse erwartet, dagegen hat die Armen-Anstalt mit einem Defizit von 20 790 Mk. zu rechnen, das Waisenhaus mit einem solchen von 2076 Mk. Der Bürgerausschuß beschloß, die Vorlage der Bürgerschaft gutachtlich zur Mitgenehmigung zu empfehlen. Wieder aufgenommen wurde hierauf die Berathung des in der Versammlung vom 13. Dezbr. v. J. zur Vorprüfung an eine Kommission verwiesenen Senatsantrages, betreffend Herstellung einer Dampferanlegebrücke unterhalb der Prinzenbrücke im Hafen zu Travemünde. Der von der Kommission befürwortete Senatsantrag soll der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung empfohlen werden. Zur Vorprüfung der demnächst zu erwartenden Vorlagen, betreffend den Voranschlag der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten für 1900/1901, das Staatsbudget für 1900/1901, Bewilligung eines außerordentlichen Beitrages von 60 000 Mark aus der Kasse der Gemeindeanstalten zu den Kosten der im Jahre 1900/1901 in der Stadt und in den Vorstädten auszuführenden Pflasterungs- und Wegearbeiten, Abänderung des § 4 des Gesetzes betreffend das Rechnungs- und und Kassenwesen der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten vom 14. Januar 1893, sowie Herabsetzung des im § 5 des Grund- und Gebäudesteuergesetzes vom 24. November 1890 für Gebäude und Grundstücke in den inneren Wegebezirken festgestellten Einheitssatzes von 15 Pf. auf 10 Pf., wurde beschlossen, eine Kommission von sieben Mitgliedern niederzusetzen. Zu Mitgliedern dieser Kommmission wurden gewählt: Brecht, Jenne, Stiller, Buchwald, Dr. Vermehren, Rabe, Dr. Müller. (Ersatzmänner: Heinsohn, Schorer, Kulenkamp.) Fortgesetzt wurde dann die in voriger Versammlung abgebrochene Berathung der Senatsvorlage betr. Erlaß einer Notariatsordnung. Brecht beantragte, den von der Kommission beantragten Zusatz zu § 2 wie folgt zu fassen: „Zum Notar soll in der Regel nur ernannt werden, wer nach der Erlangung der Fähigkeit zum Richteramte wenigstens drei Jahre lang im Lübeckischen Freistaate Staatsbeamter oder Rechtsanwalt gewesen ist." — Der von der Kommission beantragte Zusatz zu § 2 wurde in der von Brecht vorgeschlagenen Fassung mit 22 gegen 4 Stimmen angenommen. Den von der Kommission zu § 17, § 23 und § 27 beantragten Aenderungen erklärte der Bürgerausschuß sich zustimmig. Dr. Vermehren beantragte, die §§ 36 und 37 wie folgt zu fassen: § 36. Die Notariatsordnung vom 30. November 1885 mit Ausnahme des Abschnitts VII nebst Tarif wird aufgehoben. § 37. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. April 1900 in Kraft. Die betr. Paragraphen wurden in der von Dr. Vermehren beantragten Fassung angenommen. Durch Gesammtabstimmung beschloß der Bürgerausschuß, den Gesetzentwurf mit den angenommenen Abänderungen der Bürgerschaft gutachtlich zur Mitgenehmigung zu empfehlen.

pb. **Wegen muthmaßlicher Unterschlagung von 119 Mk.** ist ein hiesiger Knecht verhaftet worden.

Das graue Elend trieb zwei Personen dazu, sich Dienstag obdachlos zu melden.

* **Stadttheater.** Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Da von „Frau Venus" nur noch wenige Aufführungen stattfinden, sollten sich Alle, die das mit fast märchenhafter Pracht ausgestattete Stück noch nicht gesehen haben, beeilen, diese seltene Augenweide sich nicht entgehen zu lassen. Auch bei den bisherigen Wiederholungen von „Frau Venus" durchbrausten nach Schluß der einzelnen Bilder den Zuschauerraum wahre Beifallsstürme.

Handelsregister. Am 14. Februar 1900 ist eingetragen auf Blatt 1170 bei der Firma: „Johs. Löhnmann". Die Prokura des C. A. F. J. Schmachtel ist erloschen.

Uebersicht der Lebenden und Gestorbenen in der Stadt Lübeck im Monat Januar 1900. Geboren sind 200 Kinder, davon 103 männlichen, 97 weiblichen Geschlechts, todtgeboren 6 Knaben, 5 Mädchen. Gestorben sind 66 Personen männlichen, 58 weiblichen Geschlechts, in Summe 124. Demnach Ueberschuß an Geburten 37 resp. 39, insgesammt 76. Auf 1000 Einwohner waren 30,93 Geburten, 19,18 Sterbefälle zu verzeichnen. Von den Gestorbenen waren alt bis zu 1 Jahre 31, von 1—5 Jahren 10, bis zu 10 Jahren: 5, bis zu 15: 1, bis zu 20: 6, bis zu 30: 3, bis zu 40: 7, bis zu 50: 8, bis zu 60: 8, bis zu 70: 14, bis zu 80: 15, bis zu 90: 15, über 90 Jahre: 1. Die Todesursache war Diphterie in 3, Keuchhusten in 1, Tuberkulose in 14, Lungenentzündung in 10, entzündliche Krankheiten der Athmungsorgane in 13, Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall und Atrophie der Kinder in 5, Folgen des Wochenbetts in 0, Krebs in 7, angeborene Lebensschwäche in 9, Altersschwäche in 11, Unglücksfall in 2, Selbstmord in 1, Gelenkrheumatismus in 0, Herzleiden in 1, Krämpfe in 4, Nierenleiden in 5, Wassersucht in 1, Schlagfluß in 7, Typhus in 1, Masern in 0, Scharlach in 4, sonstige Krankheiten in 19, unbekannt in 6 Fällen. Von den Gestorbenen entfielen auf die Stadt 52, Vorstadt St. Jürgen 12, St. Lorenz 31, St. Gertrud 7, die Krankenanstalten 22.

* **Gnissau.** In den Gesellenausschuß der Handwerkskammer in Altona wurde für den Bezirk „Fürstenthum Lübeck" der Schmied C. Noske-Ahrensböck gewählt, als Ersatzmann Maurer W. Kleinfeldt-Gnissau.

Hamburg. Der Konflikt, welcher seit längerer Zeit zwischen Senat und Bürgerschaft bestand, ist jetzt endlich durch einen Beschluß der Bürgerschaft beseitigt worden. Die Bürgerschaft hatte zu verschiedenen Malen vom Senat die Vorlage einer Akte verlangt, welche gegen einen Beamten Powell wegen Unterschlagung von amtlichen Geldern erwachsen war. Der Senat hatte jedoch dies Ersuchen abgelehnt, da die Bürgerschaft keinen Anspruch auf Vorlegung von Akten habe. Lange Zeit ist über diese Rechtsfrage gestritten worden und man hatte sicher erwartet, daß sie bei dieser Gelegenheit zum Austrag gebracht werden würde. Es ist aber ein Kompromiß zu Stande gekommen, nach welchem beide Parteien auf ihrem Standpunkt verharren und der Senat ohne Anerkennung eines Rechts der Bürgerschaft in diesem Falle die Akten freiwillig vorlegt. Auf Seiten der „Linken" bestand anfangs die Absicht, dieses Kompromiß zu verwerfen und auf Klarstellung der staatsrechtlichen Frage zu dringen. Indessen erklärte man sich dieser Tage in der Bürgerschaftssitzung doch einverstanden mit dem Kompromiß, und so ist es definitiv zu Stande gekommen. Es ist zu bedauern, daß die Rechtsfrage dieses Mal nicht zum Austrag gebracht worden ist, umsomehr, als alle Parteien der Bürgerschaft, auch die Rechte, das Recht der Bürgerschaft auf Vorlage von Verwaltungsakten zum Zweck der Ausübung des bürgerschaftlichen Kontrolrechts als bestehend anerkennen.

Bergedorf. Bei der Wahl von vier Bürgervertretern, die Mittwoch stattfand, ist es gelungen, einen unserer Genossen zum ersten Male in die Bürgervertretung zu wählen. Genosse Stille wurde mit 312 Stimmen gewählt. Die drei andern Kandidaten erzielten hohe Minoritäten.

Schönberg. Zur Lohnbewegung im Baugewerbe. Die „Rost. Ztg." schreibt: „Die Maurer und Zimmerleute im Fürstenthum Ratzeburg sind gewillt, in einen Streik einzutreten, wenn die Meister auf ihre schriftlich gestellten Forderungen nicht eingehen. Sie verlangen Verkürzung der Arbeitszeit, die bisher 10½ Std. dauerte; auch wollen sie den Weg zur Arbeit vergütet haben. Viele andere Forderungen sind außerdem noch gestellt. Die Meister haben in einer Sitzung am Montag hierselbst beschlossen, diese Forderungen unberücksichtigt zu lassen." — Statt sich aufs hohe Pferd zu setzen, sollten die Meister lieber mit ihren Gesellen verhandeln. Bei der allgemeinen Theuerung, welche im Lande herrscht, ist es gewiß nicht unbillig, wenn die Arbeiter eine winzige Lohnerhöhung sowie eine Verbesserung ihrer Lebenslage überhaupt anstreben.

Schwerin. Freigesprochen wurden vom hiesigen Schöffengericht die Genossin E. Ihrer-Pankow, Gastwirth Karl Ogorsolke und Zimmermann P. Erdmann. Sie hatten vom Polizeiamt einen Strafbefehl über 50 bezw. 40 Mk. erhalten, weil sie eine öffentliche Versammlung zu politischen Zwecken abgehalten haben sollten, für welche die ministerielle Erlaubniß nicht eingeholt worden war. Sie konnten jedoch vor Gericht den Beweis liefern, daß es sich lediglich um eine geschlossene Versammlung handelte, in der man sich nur mit den wirthschaftlichen Interessen der Arbeiter beschäftigt hat, wozu aber eine Erlaubniß selbst in dem rückständigen Mecklenburg nicht nothwendig ist.

Bremerhaven. Eine Protestkundgebung gegen die Flottenvorlage fand hier im „Kolosseum" statt, an der über 1000 Personen theilnahmen. Genosse Ludw. Meyer-Hamburg sprach unter großem Beifall über „die innere Lage und die Flottenpolitik." Eine Protestresolution fand einstimmige Annahme.

Aus Nah und Fern.

Eine Engländerin in Stuttgart sandte im November eine Ansichtspostkarte ab an „General Buller, ankommend Pretoria". Diese Karte ist vor einigen Tagen an die Absenderin zurückgelangt mit dem Postvermerk: „Adressat nicht eingetroffen; ist auch mit Hilfe der Polizei nicht zu ermitteln; zurück!"

In einer holländischen Zeitung befindet sich folgender Witz: „Das Kap der guten Hoffnung wird demnächst getheilt; die Buren erhalten das Kap und die Engländer die gute Hoffnung!"

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 14. Februar.

Der Schweinehandel verlief nur langsam.

Zugeführt wurden 750 Stück. Preise: Versandschweine, schwere 47—48 Mk., leichte 45—47 Mk., Sauen 38—43 Mk. und Ferkel 43—46 Mk pr. 100 Pfd.

Der Kälberhandel verlief langsam.

Zugeführt wurden 1200 Stück. Preise: Beste 90—100 Mk., geringere 58—80 Mk. pr. 100 Pfd.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Am 13. Februar, Abends 10 Uhr, entschlief sanft nach kurzem Krankenlager unser lieber Vater, Groß- und Schwiegervater

Claus Friedrich Zuckow

im vollendeten 81. Lebensjahre.

Um stille Theilnahme wird gebeten.

Theodor Vogt und Frau,
Freya, geb. Buckow.

Schwartauer Chaussee 27.

Gestern Morgen 6½ Uhr entschlief nach schwerer Krankheit meine innigstgeliebte Frau und meiner Kinder liebe gute Mutter

Anna, geb. Markward.

Dieses zeigen tiefbetrübten Herzens an

Karl Koll und Kinder.

Die Beerdigung findet am Sonnabend den 17. Februar, Morgens 7½ Uhr, vom Sterbehause, Cronsforder Allee 109, aus statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme von Verwandten und Bekannten sowie die reichen Kranzspenden beim Begräbniß unserer Mutter und Schwiegermutter sagen herzlichen Dank

Familie Fick.

Logis parterre nach der Straße **Alfstraße 39.**

Ein freundl. Logis f. e. jg. Mann
Schmiedestraße 25, 2. Et.

Logis sind zu vermiethen
Weiter Krambuden 4.

Zu verm. eine Wohnung von 2 Zimmern und Zubehör, am liebsten an einzelne Leute Preis 170 Mk. Angebote unter **A B** an die Exped. d. Bl.

Gesucht tüchtige Schuhmacher
— Wochenlohn 18 Mk. —

Kleine Zwangsmeister, die sich durch mein Unternehmen geschädigt fühlen und als Geselle arbeiten wollen, werde ich bevorzugen.

Pariser Besohl-Anstalt
Große Burgstraße 3.

Arbeiterinnen
und
Böttchergesellen
werden gesucht.
Hanseat. Fisch-Industrie-A.-G.
vorm. **J. H. Schumacher.**

Bauzeichnungen fertigt an
J. Fitaud, Aegidienstraße 14.

Gute Eßkartoffeln per Centner 2,50 Mk., **beste Magnum bonum** per Ctr. 2,40 Mk., sowie **Brod** empfiehlt
Heinr. Hennings, Marlesgrube 64.

Guter bürgerlicher Mittagstisch
Hüxstraße 94.

Achtung Bauarbeiter!

Mitglieder-Versammlung

am Freitag den 16. Februar
Abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50.

Tages-Ordnung:

1. Ist eine Unterstützungsinstitution in unserer Organisation durchführbar?
2. Kartellbericht.
3. Innere Vereinsangelegenheiten.
4. Fragekasten und Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Die Ortsverwaltung.

Sehr gut brechende
grüne Erbsen } per Pfd. 12 Pfg.
weiße Bohnen } 5 Pfd. 55 Pfg.
empfiehlt
Reinh. Büsen.

Gemüse-Conserven
Erbsen, Bohnen, Spargel
empfiehlt
Reinh. Büsen.

Carl Hamann
Wurstfabrik, Breitestr. 22
empfiehlt:
Ger. Schweinsköpfe, Rauchstücke, ger. Schweinsnacken. Täglich frisch: **Bratwurst, Grützwurst, Kopffleisch.**
Jeden Sonnabend:
Warme Knackwurst.
Spiessbraten.
Prima Wurstfett, Spießbratenschmalz.

Schweinefleisch 55 Pfg., Carbonade 70 Pfg., fetter Speck 60 Pfg., magerer Speck 70 Pfg., ger. Nacken 70 Pfg., Casseler Rippespeer 75 Pfg., ger. Schweinefleisch 65 Pfg., Rothwurst 50 Pfg., Preßwurst 50 Pfg., ger. Mettwurst 90 Pfg., gek. Mettwurst 70 Pfg., Leberwurst 70 Pfg., Kopffleisch 30 Pfg., Schwarzsauer 10 Pfg., Bratenschmalz 40 Pfg., Flohmenschmalz 60 Pfg., sowie sämmtliche anderen Fleisch- und Wurstwaaren empfiehlt **M. Labrtz, Böttcherstraße.**

Parthie hies. fetten Speck
per Pfd. 70 Pfg. empfiehlt
Gustav Glöde, Karpfenstraße 26,
Ecke Teichstraße.

Hiesige Bücklinge
Fischräucherei Dornestraße 17a.

Schuhwaaren
Reelle Waare. —
— Enorm billig.

Kalbleder Herren-Zugstiefel	Mk.	6 50
Herren-Zugstiefel 40, 41	„	4 50
Herren-Zugschuhe 40, 41	„	3 25
Herren-Schnürschuhe 40, 41	„	3.25
Dam.-Zugstiefel m. Lack 36, 37	„	3 50
Starke Damen-Zugstiefel	„	4 25
Mädchen-Schuhe 36, 42	„	2 25
Mädchen-Knopfstiefel 33—35	„	3.50

u. s. w. u. s. w.

J. Möllendorff
Holstenstr. 9 Holstenstr. 9.

„SOLO"
gesetzlich geschützt, **bester Ersatz f. Naturbutter,**
— per Pfund 70 Pfg. —
empfiehlt
Reinh. Büsen.

Neue Ia. Berger Flohmheringe
Neue Magdeb. Salzgurken
Essig, Essigsprit u. Wein-Essig
zum Schlachten
in Gebinden jeder Größe empfiehlt
H. L. Wiegels, vorm. J. C. Bunge,
Fischergrube 61.
Essigfabrik.

Achtung!
Vollständige Ausrüstungen
für junge Leute die sich dem Seemannsberufe widmen wollen empfiehlt
H. Prenzlau
Untertrave 66/67.

---

100 Mark Demjenigen
welcher in meinen **selbstangefertigten starken**
Arbeits-Stiefeln
zum Preise von **8, 9** und **10** Mark **Spahn** oder **Pappe** findet.
Karl Liebrecht,
Schwartauer Schuhlager
am Markt.

Einladung
zum Tanzkränzchen des Personals der
Aktienbierbrauerei Lübeck
am Freitag den 16. Febr. 1900
in **Schneider's** Gesellschaftshaus (Johannisstraße 25).
Anfang 8 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt 75 Pf., eine Dame frei.

Club Fidelitas.

Maskenball
am Sonntag den 18. Februar
in sämmtlichen Räumen des
„Tivoli".
Lokalöffnung f. Zuschauer 5 U.
von 6—8 Uhr Tanz derselben.
Eingang Gewerkvereinssaal
Lokalöffnung f. Masken 7 Uhr.
Eingang Königspforte.
Maskenzug 8 Uhr.

Fremdenkarten sind bei den Herren F. Nagel, Cigarrengeschäft, am Markt, A. Levy, Mühlenstraße 11, und beim Cassenführer Callies, Kupferschmiedestraße 24, zu haben.

Fremden Pierrots sowie Kindern ist der Zutritt nicht gestattet.

Maskengarderobe
am Ballabend im Lokal.

Der Vorstand.

Stadt-Theater.
Freitag. Opernpreise.
Frau Venus.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 39. Freitag, den 16. Februar 1900. 7. Jahrgang.

Unfallversicherungs-Kommission.

(Eigener Bericht des „Lüb. Volksb.")

Die Sitzung am Dienstag wurde vollständig in Anspruch genommen durch die Fortsetzung der Montag abgebrochenen Berathung über die Frage, ob und in welcher Weise bei der Feststellung der Entschädigungen auch die Arbeiter mitwirken sollen. Gegen den sozialdemokratischen Antrag, der mit der Festsetzung der Entschädigungen eine aus der gleichen Anzahl von Vertretern der Arbeiter und Unternehmer gebildete Kommission betrauen wollte, erklärten sich die bürgerlichen Abgeordneten, so daß er schließlich gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt wurde.

Im Laufe der Verhandlungen war von den Vertretern der Berufsgenossenschaft aus der Schule geplaudert worden, daß die Feststellung der Entschädigungen oft auf schriftlichem Wege erfolgt sei. Um dies unter allen Umständen unmöglich zu machen, beantragten die Sozialdemokraten, daß die Beschlußfassung über die Feststellung der Entschädigungen nach einer mündlichen Verhandlung zu erfolgen habe, in der dem Verletzten Gelegenheit gegeben ist, seine Rechte mündlich wahrzunehmen. Aber auch dieser Antrag wurde als zu weitgehend niedergestimmt.

Der ultramontane Antrag, nach dem vor der Feststellung der Entschädigung auf Antrag der Betheiligten die Vertreter der Arbeiter und Unternehmer ein Gutachten abgeben sollen, wurde ebenfalls sehr eifrig bekämpft, namentlich von der Regierung. Der Ministerialdirektor v. Woedtke gab sich die größte Mühe, die Centrumsabgeordneten davon zu überzeugen, daß der Antrag die ganze Reform in Frage stellen werde. Die Berufsgenossenschaften würden sich einen solchen Eingriff in ihre Allmacht nie und nimmer gefallen lassen. Er sagte dann weiter wörtlich: „Wir sind ja auf das Wohlwollen der Berufsgenossenschaft angewiesen." Echt „freisinnig" ist die Stellung der Herren Fischbeck und Genossen. Sie erklärten, daß sie im Prinzip sowohl für die Mitwirkung der Arbeiter als auch für die mündliche Verhandlung bei der Feststellung der Entschädigungen seien. In der Praxis sind sie aber natürlich gegen ihre Prinzipien. Unter keinen Umständen dürfe die Allmacht der Berufsgenossenschaften eingeschränkt werden. Der ultramontane Antrag sei aber den Berufsgenossenschaften so gefährlich, daß er für sie den Anfang vom Ende bedeute. Die prinzipienfesten Herren mußten sich von einem andern allerdings nicht ganz so freisinnigen Vertreter einer Berufsgenossenschaft, von Herrn Rösicke sagen lassen, daß, wenn diese Organisation in der That der Erfüllung einer so gerechten Forderung der Arbeiter entgegenstände, man sie so schnell wie möglich beseitigen müsse. Er sei aber für den ultramontanen Antrag in der Ueberzeugung, daß durch denselben die Berufsgenossenschaften in ihrer Wirksamkeit durchaus nicht gehemmt werden.

Da die Regierung sah, daß das Centrum seinen Antrag trotz der „eindringlichen Rede" festhalte, kam sie einen allerdings sehr kleinen Schritt entgegen und regte den folgenden Antrag der Freisinnigen und Konservativen an:

„Vor der Feststellung der Entschädigung ist dem Entschädigungsberechtigten die Unterlage, auf Grund deren die Festsetzung erfolgen soll, durch Vermittelung der unteren Verwaltungsbehörden vorzulegen. Der Entschädigungsberechtigte ist zu Protokoll zu vernehmen und seine Aeußerungen sind der Berufsgenossenschaft mitzutheilen."

Sowohl die sozialdemokratischen als auch die ultramontanen Kommissionsmitglieder erklärten, daß mit diesem Antrage durchaus nicht das erreicht sei, was sie erreichen wollten. Immerhin werde durch Annahme dieses Antrags der bestehende Zustand, wenn auch unbedeutend, verbessert. Die Sozialdemokraten verlangten, daß statt der unteren Verwaltungsbehörde die Gemeindebehörde gesetzt werden sollte, da sie von dieser Behörde ein größeres Entgegenkommen erwarteten und durch die Gemeinde-Verwaltung eine gewisse Kontrolle möglich sei.

Die Konservativen und die Regierung waren gegen den sozialdemokratischen Abänderungsantrag. Der preußische Landrath sei

„der Vater aller Bedrängten und Hilflosen",

er könne am besten entscheiden ob in dem einzelnen Falle die Vernehmung der Entschädigungsberechtigten durch die Gemeindebehörde erfolgen könne, und dann werde er es schon veranlassen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag Trimborn mit 14 gegen 13 Stimmen angenommen. Danach wäre das Gutachten der Vertreter der Arbeiter und Unternehmer, in allen Fällen, in denen es der verunglückte Arbeiter verlangt, gesichert. Da aber bereits Unterhandlungen im Gange sind, einen Kompromiß zwischen dem Zentrum und der Regierung auch in dieser Frage herbeizuführen, so ist es zweifelhaft, welches Resultat die 2. Lesung liefert.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Im Speditionsgeschäft von Schulz u. Co. in Magdeburg haben Montag früh 50 Getreidearbeiter die Arbeit niedergelegt, weil ihnen eine verlangte Lohnzulage von 1 Mk. pro 200 Center nicht bewilligt wurde. — Der Streik der Former bei der Firma Reuling in Mannheim-Neckarau ist beendet. Die Streikenden hatten sich mit dem Akkord einverstanden erklärt, wenn ihnen schriftlich ein Mindestlohn garantirt würde. Diese Forderung hat die Firma Reuling bewilligt, indem sie den Verheiratheten 4 Mk., dem Ledigen 3,50 Mk. pro Arbeitstag garantirt. — Bei der Firma Rosenbusch u. Co. in Mainz haben die Zwicker am 8. Februar die Arbeit niedergelegt. Daraufhin kündigte der Fabrikant sämmtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen. Zuzug ist fernzuhalten. — In Resicza (Ungarn) hat ein Theil der Streikenden, deren Forderungen theilweise bewilligt wurden, nach der „Frankf. Ztg." die Arbeit wieder aufgenommen. Ein Beamter, der einen Arbeiter insultirte, wurde zu 30 Kronen Geldstrafe verurtheilt. Es ist begründete Hoffnung auf volle Beilegung des Streikes vorhanden. — Der „Petite Republique" zufolge beträgt die Zahl der streikenden Kohlengrubenarbeiter in Carmaux 4000.

Vom Tarifamt der Buchdrucker. Nach einer Zusammenstellung des Buchdrucker-Tarifamtes ist der Tarif gegenwärtig von 3035 Firmen mit 30 311 Gehülfen anerkannt.

Zur Bergarbeiterbewegung in Sachsen wird gemeldet: In einer zur Entscheidung einberufenen Bergarbeiter-Versammlung in Zwickau wurde Dienstag bekannt gegeben, daß die Behörden die Uebernahme des Einigungsamtes annehmen, die Grubenverwaltungen aber dessen Anerkennung verweigern. Die Versammlung beschloß darauf, auf den Forderungen zu beharren und daß Mittwoch im gesammten Revier die Arbeit eingestellt werde. Eine Versammlung der Tagarbeiter, die Abends stattfand, ist dem Beschluß beigetreten. In Betracht kommen 53 Schächte mit über 12000 Arbeitern. In den übrigen sächsischen Revieren hat gleichfalls die Bewegung zugenommen. Im Oelsnitz-Lugauer Revier ist Dienstag ein Theil der Mannschaften nicht angefahren.

Aus dem mitteldeutschen Braunkohlenrevier kommt die befremdliche Nachricht, daß der Inspektor des Reviers Westlich-Halle, Bergrath Humperdinck, in einem Schreiben an den Redakteur Hue vom 10. Februar es abgelehnt hat, behufs einer Verständigung zwischen Unternehmern und Bergarbeitern irgend welche Schritte zu thun. Am Sonntag, 11. d. M., hat sodann die Vertrauensmännerkonferenz für die Reviere Oestlich- und Westlich-Halle, Zeitz-Weißenfels, Meuselwitz-Rositz beschlossen, am Montag, 12. d. M. die neuformulirten Forderungen betr. Lohnzulage, Arbeitszeit, Sanitätswesen und Grubensicherheit an die Werksbesitzer abzusenden. Bis zum 17. Februar erwarten die Bergleute Antwort; an dem Tage werden Angehörige der betr. Belegschaften bei ihrer Betriebsleitung vorstellig werden, um zu erfragen, was von den Forderungen bewilligt werden soll. Sehr richtig bemerkt unser Hallenser Parteiorgan zu dem ablehnenden Verhalten der Behörde: Bei jedem Streik haben die Unternehmer die Aufnahme von Unterhandlungen davon abhängig gemacht, daß die Arbeiter zur Arbeit zurückkehrten. Hier sind die Bergleute noch an der Arbeit, sie suchen gütliche Verhandlung und sogar die Behörde lehnt ab. Als 1889 die hunderttausend Kohlengräber streikten, wie eilten da die Regierungsvertreter in's Bergrevier, um mit den Arbeitern und Unternehmern zu verhandeln. Damals wurde der Bergbehörde der Vorwurf gemacht, daß sie keine Fühlung mit den Arbeitern hielte; sie, die Behörde, hätte den Ausstand vermeiden können, wenn sie nur vorher eingriff. Heute stehen wir wieder in einer kritischen Zeit. Im Ruhrbecken regen sich die Bergleute, ebenso in Schlesien. Im Zwickauer Revier haben erdrückend stark besuchte Versammlungen beschlossen, sollten die Werke unterhandelnde Mitglieder der Arbeiterausschüsse maßregeln, so solle der Ausstand beginnen. Die Kohlennoth ist geradezu unheimlich, zahlreiche Werke in Mitteldeutschland haben den Betrieb schon eingestellt oder beschränkt. Und in einer so kritischen Zeit lehnt es die Behörde im hiesigen Braunkohlenrevier ab, Vermittelungsversuche einzuleiten!!! Fürwahr, es wird Zeit, daß in unseren Parlamenten sofort die sozialpolitische Thätigkeit der berufenen Behörden an's Licht gerückt wird. Im Reichstag handelt es sich jetzt um eine Milliarden-Ausgabe für den „Schutz der Deutschen im Auslande." Im eigenen Vaterlande können die Bergleute nicht einmal den nothdürftigsten Lebensschutz erhalten; ihre bescheidenen Wünsche werden ignorirt, und wenn die zuständige Behörde angerufen wird, dann finden sie hier auch nur verschlossene Thüren. Milliarden für den Schutz der Deutschen im Auslande — verschlossene Thüren und Herzen für den Schutz der deutschen Arbeiter im Inlande. Das ist des Deutschen Reiches Herrlichkeit.

Die Arbeitslosigkeit unter den Tabakarbeitern wird beleuchtet durch eine Statistik, die der deutsche Tabakarbeiter-Verband als Grundlage für die Erörterung der Arbeitslosen-Unterstützung aufgenommen hat. Danach waren in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezbr. 1898 von 13 078 Mitgliedern, die sich an der Erhebung betheiligten, 1414 insgesammt 31 026 Tage arbeitslos. Als Ursache der Arbeitslosigkeit wird angegeben: Krankheit in 675 Fällen mit 14 479 Tagen (46,66 pZt. aller arbeitslosen Tage), Arbeitsmangel in 644 Fällen mit 10 265 Tagen (33,08 pZt.), Streik in 111 Fällen mit 4394 Tagen (14,16 pZt.), Maßregelung in 36 Fällen mit 1116 Tagen (3,59 pZt.), persönliche Differenzen in 60 Fällen mit 772 Tagen (2,48 pZt.). Da bei der Arbeitslosen-Unterstützung nur die Fälle von Arbeitsmangel in Betracht kommen, so sind diese in der Statistik besonders berücksichtigt, und ist die Dauer der Arbeitslosigkeit aus Arbeitsmangel im einzelnen wie folgt aufgeführt: In 354 Fällen 1—10 Tage, in 134 Fällen 11—20 Tage, in 86 Fällen 21—40 Tage, in 70 Fällen 41—78 Tage. In dem Vierteljahr vom 1. Januar bis 31. März 1899 betheiligten sich an der Erhebung 10 276 Mitglieder. Davon hatten 1306 eine Arbeitslosigkeit von 24 720 Tagen zu verzeichnen. Die Ursache war: Krankheit in 815 Fällen mit 15 041 Tagen (60,8 pZt.), Arbeitsmangel in 420 Fällen mit 7723 Tagen (31,2 pZt.), Streik in 44 Fällen mit 429 Tagen (1,7 pZt.), Maßregelung in 59 Fällen mit 970 Tagen (3,9 Prozent), persönliche Differenzen in 29 Fällen mit 557 Tagen (2,2 pZt.). Die Arbeitslosigkeit aus Arbeitsmangel dauerte

Eine neue Judith.

Roman von H. Rider-Haggard.
Autorisirte Uebersetzung a. d. Englischen von Natalie Rümelin.

36. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Die Furt ist vollkommen sicher, Kapitän Niel. Ich habe sie vor zwei Stunden selbst benutzt. Ich weiß, daß Sie eine schlechte Meinung von mir haben, aber Sie denken doch wohl nicht, ich wolle Sie durch eine unsichere Furt führen?" Und mit einer neuen Verbeugung ritt er weiter, um mit den Buren zu sprechen; schon im Fortreiten begriffen sagte er: „Lassen Sie den Kaffer jetzt einspannen."

Mit einem Achselzucken stand John auf und ging zu Mouti hin, um die vier Schimmel einschirren zu helfen, die nun matt und kraftlos nebeneinander standen und nach den Mücken schnappten, die vor einem Gewitter noch mehr stechen als sonst. Die beiden Pferde der Begleiter waren etliche fünfzig Schritte weiter links. Es war, als ob sie die Sachlage richtig erfaßt hätten und mit den Pferden der Engländer nicht in Berührung kommen wollten.

Als Müller sich näherte, standen die Buren auf und gingen zu ihren Pferden, wohin ihnen Müller langsam folgte.

Frank Müller befand sich nun neben den beiden Männern und diese neben den Pferden.

„Hört!" sagte er streng.

Die Männer sahen auf.

„Fahrt fort, die Riemen zu lösen und hört!"

Sie gehorchten und zerrten langsam an den Kniehalftern herum.

„Ihr versteht euren Befehl — wiederhole ihn — du!"

Der Mann mit dem Zahn, an den dies gerichtet war, sagte, noch immer mit dem Riemen beschäftigt: „Die beiden Gefangenen in den Vaal führen, sie bei Nacht ins Wasser zwingen, wo keine Furt ist, so daß sie ertrinken, wenn sie nicht ertrinken, sie erschießen."

„Dies ist der Befehl", sagte das Gnu grinsend.

„Ihr versteht ihn?"

„Wir verstehen, Mynheer; aber, wir bitten um Vergebung, das ist keine kleine Sache. Sie geben den Befehl — wir möchten die Vollmacht sehen."

„Ja, ja", sagte der andre, „zeigen Sie uns die Vollmacht. Das sind zwei ganz harmlose Leute. Zeigen Sie uns die Vollmacht, sie zu tödten. Selbst wenn es Engländer sind, darf man die Leute nicht nur so ohne Vollmacht umbringen, besonders wenn ein hübsches Mädchen dabei ist, die eine ganz gute Frau für einen Mann abgeben würde."

Frank Müller biß die Zähne übereinander. „Nette Kerls, die man an euch hat!" sagte er. „Ich bin euer Offizier, wozu braucht ihr noch weitere Vollmacht? Aber ich habe daran gedacht. Seht hier!" und er zog ein Papier aus der Tasche. „Hier, lies du's! Aber vorsichtig, daß sie es nicht von dem Wagen aus sehen."

Der große Mann mit dem schwammigen Gesicht nahm das Papier und las mit lauter Stimme: „Die beiden Gefangenen und ihr Diener (ein Engländer, eine Engländerin und ein Zulukaffer) sollen in Vollziehung dieses Urtheils als Feinde des Vaterlandes hingerichtet werden, wie euer Offizier befehlen wird. Dies ist eure Vollmacht hierzu."

„Ihr seht die Unterschrift und erkennt sie für echt?" fragte Müller.

„Ja, wir sehen sie und erkennen sie an."

„Gut, gieb mir die Vollmacht zurück."

Der Mann mit dem Zahn war schon im Begriff, dies zu thun, als sich sein Gefährte widersetzte.

„Nein," sagte er, „die Vollmacht behalten wir. Mir gefällt die Sache nicht. Wenn es nur der Mann und der Kaffer wären — aber das Mädchen, das Mädchen! Wenn wir Ihnen die Vollmacht zurückgeben, mit was sollen wir dann diese blutige That rechtfertigen? Die Vollmacht behalten wir!"

„Ja, ja, er hat recht," sagte der Eber; „die Vollmacht muß uns bleiben. Stecke sie in deine Tasche, Jan."

„Verfluchter Kerl, gieb sie her!" antwortete das Gnu grinsend; „wenn Sie die Vollmacht haben wollen, können Sie sie bekommen, aber dann satteln wir und reiten fort, und Sie können Ihren Mord allein ausführen. Da! Sie haben die Wahl; wir reiten recht gern heim, denn die Sache gefällt mir gar nicht. Wenn ich schießen will, schieße ich lieber auf Böcke und Kaffern als auf weiße Menschen."

Frank Müller überlegte einen Augenblick und dann lachte er ein wenig.

„Ihr seid komische Leute, ihr Buren vom Lande, aber vielleicht habt ihr recht. Im ganzen ist es auch einerlei, wer die Vollmacht hat, wenn nur der Befehl gut ausgeführt wird. Paßt aber auf, daß nichts versäumt wird!"

„Ja, ja," sagte der Große, „darin können Sie sich auf uns verlassen. Es ist nicht der erste, dem wir weiterhelfen. Wenn ich meine Vollmacht habe, ist mir nichts lieber, als die ganze Nacht Engländer zu erschießen, einen um den andern. Ich kenne keinen schöneren Anblick als einen fallenden Engländer."

„Laßt das Geschwätz und sattelt, der Wagen wartet. Ihr Dummköpfe seht keinen Unterschied, ob man jemand umbringt, weil es nöthig ist, oder nur um des Umbringens willen. Diese Leute müssen sterben, weil sie das Land verrathen haben."

„Ja, ja," sagte das Gnu, „das Land verrathen! das haben wir schon mehr gehört. Die das Land verrathen, müssen es düngen;" und er lachte und ging weiter.

Frank Müller sah ihm mit einem eigenthümlich boshaften Lächeln in seinem hübschen Gesichte nach. „Lieber Freund," sagte er zu sich selbst, „du und diese Vollmacht werdet euch voneinander getrennt haben, ehe du viele

in 159 Fällen 1—10 Tage, in 141 Fällen 11—20 Tage, in 80 Fällen 21—40 Tage, in 40 Fällen 41—78 Tage.

Ueber die Beerdigung Peter Lawrow's schreibt man der „Frankf. Ztg." aus Paris: Die Beerdigung Peter Lawrow's gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung des internationalen Sozialismus. Etwa sechstausend Genossen begleiteten den Sarg vom Sterbehause nach dem Friedhofe Montparnasse. Voran schritten die Verwandten Lawrows, dann folgten die Deputirten Vaillant, Viviani, Breton und Gras, ferner Guesde, der Gemeinderath Navarre und Andere. Dann folgten russische und polnische Studenten und Studentinnen sowie Arbeiter, eigenartige heimathliche Lieder singend und zahlreiche Kränze mit rothen Blumen tragend. Ein Dornenkranz mit rothen Nelken trug auf schwarzer Schleife die Inschrift: „Die Deportirten und politischen Zwangsarbeiter Sibiriens ihrem großen Meister." Ferner bemerkte man Kränze der polnischen Sozialisten und der Vereinigung russischer Verbannter sowie russischer und polnischer in London erscheinender Blätter. Aus Brüssel und Bulgarien sowie aus Montpellier und Nizza waren Deputationen erschienen. Den Schluß des Zuges bildeten die sozialistischen Organisationen von Paris mit ihren Bannern. Die Theilnehmer sangen revolutionäre Lieder. Da die Polizei keine rothen Fahnen dulden wollte, entstanden mehrere Zwischenfälle ohne schlimmere Folgen. Am Grabe sprachen Viviani, Vaillant und zahlreiche andere französische und belgische Sozialisten. Liebknecht und Singer hatten eine Beileidsdepesche gesandt Namens der deutschen Genossen.

Parteilitteratur. Unter der Direktion von Jaurès geben unsere französischen Parteigenossen eine in Lieferungen erscheinende „Histoire Socialiste" heraus. An derselben arbeiten außer Jaurès auch die Genossen Jules Guesde, Deville, Viviani, Gerault-Richard, Brousse, Millerand und Andere mit. Es soll — so erklärt Jaurès in der „Petite République" — nicht eine Geschichte des Socialismus oder der Sozialdemokratie in Frankreich sein, sondern es soll vielmehr ein Stück französischer Geschichte überhaupt werden; und zwar wird das Werk die Geschichte von 1789—1900 umfassen. Selbstverständlich wird die proletarische Bewegung in ihren Ursachen und Wirkungen eine besonders eingehende Würdigung finden. Dem Text sind auch Bilder beigegeben, so daß der Preis von 5 Centimes für die Lieferung ein recht mäßiger erscheint. Die Lieferungen erscheinen bei Jules Rouff u. Co., Cloitre Saint Honoré, Paris.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Ein Familiendrama hat sich in Schöneberg bei Berlin abgespielt. Die verehelichte 30jährige Frau Tischlermeister Wessel, Geßlerstraße 20, hat sich selbst und ihre beiden im Alter von ein und zwei Jahren stehenden Kinder durch Kohlendunst ums Leben gebracht. Als Motiv der That gilt eheliches Zerwürfniß. Ein älteres Kind war von der Unglücklichen vor Verübung der That mit einem Auftrage von Hause fortgesandt worden. — Unter dem Verdacht des Mordes und des versuchten Mordes ist in das Potsdamer Gerichtsgefängniß der wohlsituirte Bäckermeisterssohn Schulz aus Kloster Zinna eingeliefert worden. Schulz leitete das Geschäft seiner Mutter, und hatte schon bei Lebzeiten seines Vaters mit den Dienstmädchen im Hause intime Beziehungen unterhalten, die nicht ohne Folgen blieben. Später hat er wiederum eine Dienstmagd verführt, und soll deren neugeborenes Kind im Garten verscharrt haben, nachdem er zuvor versucht hat, es im Backofen zu verbrennen. Die Mutter liegt an den Folgen einer Vergiftung schwer krank darnieder. Eine Gerichtskommission hat bereits die Kindesleiche ausgraben lassen. — An Influenza erkrankt sind gegen hundert Mann der Marienwerder Unteroffizierschule. Den Unteroffizieren und Mannschaften ist das Verlassen der Kasernements verboten. — Wegen versuchten Mordes verurtheilte die Strafkammer zu Bromberg das 15jährige Dienstmädchen Anna Klein, das im November v. J. das Kind seines Dienstherrn, des Gartenpächters Kriegel, durch Einflößen von Salzsäure tödten wollte, um aus dem Dienst zu kommen, zu 3 Jahren Gefängniß. — In das Gefängniß zu Hof (Bayern) wurde die ledige Wirthstochter Kath. Meixner von Rauhenberg bei Bayergrün wegen Kindestödtung eingeliefert. Kurz darauf wurde ihr Vater, Schankwirth Meixner, ebenfalls verhaftet. Er wird verschiedener Sittlichkeitsvergehen, begangen an seiner eigenen Tochter, beschuldigt. Sie soll schon dreimal heimlich geboren haben. — Ein Offiziersbursche im Leibregiment in München, Schreyer, hat in voriger Woche seinem Leutnant 120 Mk. unterschlagen und den Betrag verjubelt. Als er am Mittwoch Nachts (vorige Woche) über die Umfriedung klettern und in die Kaserne zurückkehren wollte, wurde er vom Posten angehalten. Es entspann sich ein Handgemenge, schließlich konnte sich Schreyer flüchten. Am Donnerstag früh wurde durch einen Leutnant und einige Soldaten nach dem Versteck des Flüchtlings gesucht und dieser in einem Magazin aufgestöbert. Als ihm die Mannschaft nahte, feuerte er, wie die „M. N. N." berichten, aus einem Revolver zwei Schüsse ab, die nicht trafen; einen dritten Schuß gab er gegen sich selbst ab. Das Projektil drang durch Mantel und Waffenrock und führte eine Darmzerreißung herbei. Schreyer ist Sonnabend gestorben. — Es ist gelungen, den Brand im Ronaschacht (Ungarn) zu lokalisiren. — Ein Pestfall ist auf spanischem Gebiet in Tuy bei der portugiesischen Grenze vorgekommen. Es handelt sich um eine kürzlich aus Brasilien angekommene Person. — In Port Arthur sind, wie aus Moskau gemeldet wird, sämmtliche Niederlagen der Dampfergesellschaft der chinesischen Ostbahn niedergebrannt, und zwar am Vorabend einer angekündigten Revision. — Wie die Zeitung „Wolynj" berichtet, ist in Nowograd-Wolynsk (Rußland) der Korrespondent dieses Blattes Karmason dafür ermordet worden, daß er eine Zeitungsnotiz über eine geheime Spielhölle in der Stadt gebracht hatte. — Von beispielloser Hitze und Dürre wird Australien wieder einmal heimgesucht. In Melbourne stieg das Thermometer in der Sonne bis zu der seit 17 Jahren nicht mehr erreichten Höhe von 160,2 Grad Fahrenheit (gleich 71 Grad Celsius). Die Zahl der Menschen, namentlich der Kinder, die in Folge der Hitze starben, geht in die Hunderte. In den westlichen Distrikten von Queensland sieht es geradezu trostlos aus; im North Gregorybezirk sind sämmtliche Herden eingegangen, jeder Verkehr hat aufgehört, viele Minen mußten den Betrieb wegen Wassermangels einstellen. Im Süden wieder wüthen verheerende Buschfeuer, die bereits Millionen von Eigenthum vernichtet haben. Der ganze gesegnete Eden-Valley-Distrikt steht in Flammen; hier haben namentlich unsere deutschen Farmer schwer gelitten.

Wie Arbeiter behandelt werden. Aus den Elberfelder Farbenfabriken, von den Arbeitern in Folge der vielen dort vorkommenden Vergiftungsfälle „Gifthütten" genannt, berichtet die „Freie Presse": „Kommt da am Dienstag Abend um 5 Uhr ein Arbeiter aus dem medizinischen Arbeitsraum zum Meister und bittet denselben um Ausstellung eines Krankenscheines. „Sie sind besoffen!" war die Antwort, „Sie können ja nicht stehen." Der Arbeiter verwahrte sich dagegen und meinte: „Wenn man den ganzen Tag nichts essen kann vor Gestank, macht es leicht, daß man taumelich wird." Der Meister mußte aber kräftig mit ihm auf und zog mit ihm nach seinem Arbeitslokal Nr. 140 hin, um zu erfahren, wo der Mann sich „besoffen" hat. Der Mann war aber thatsächlich krank, fiel bald darauf zusammen und mußte zum Arzt gebracht werden, welcher ihn einige Stunden in Behandlung hatte. Wie verlautet, soll der Mann stark vergiftet gewesen sein. Noch in derselben Nacht wurde er in's Krankenhaus gebracht, wo er folgenden Morgen gestorben ist. Die dem verstorbenen Arbeiter durch den Meister zu Theil gewordene Behandlung, die wenigen Worte, „Sie sind besoffen, Sie können ja nicht stehen," sprechen ganze Bände zu der Frage der menschenwürdigen Behandlung der Arbeiter. Diese Behandlung erscheint aber in um so schlimmeren Lichte, wenn man erwägt, daß solche Erkrankungen in den Fabriken von Theerfarben und anderen Benzolderivaten leider keine Seltenheiten sind, und es muß den Leitern dieser Fabriken bekannt sein, daß die Erscheinungen, unter denen dieselbe auftritt, denen einer leichten Trunkenheit außerordentlich gleichen. „Der Rauf ist," wie Sanitätsrath Dr. Grandhomme in Höchst die Erkrankung beschreibt, „eingenommen, Augen matt, Gang taumelnd, Sprache langsam, schwerfällig, Gesichtsfarbe fahl, Lippensaum bläulich, Appetit fehlt vollständig, der Zustand gleicht dem einer leichten Trunkenheit." In den Höchster Farbwerken sind die Aufseher dahin instruirt, darauf zu achten, ob sich bei Arbeitern diese Erscheinungen zeigen und diese dann sofort von der Arbeit zurückzuziehen und in's Freie zu bringen, wo sie sich dann gewöhnlich nach einiger Zeit wieder erholen, bei stärkerem Auftreten der Symptome auch sofort einen Arzt zu Hülfe zu rufen. Dadurch werden in Höchst schwere Erkrankungen meist verhütet. In Elberfeld scheinen solche Vorsichtsmaßregeln nicht zu existiren.

Ein seltener Zwischenfall ereignete sich vor dem Schwurgericht zu Hagen in Westfalen. Der Arbeiter Schübel aus Schwelm war des Totschlages angeklagt. Er sollte gelegentlich eines Streites den Arbeiter Flehinghaus mit einem Stock so wuchtig über den Kopf geschlagen haben, daß der Verletzte nach einigen Tagen starb. Die Zeugenaussagen waren jedoch im Allgemeinen nicht so klar, daß die Schuld des Schübel zur Evidenz daraus hervorging. Der Staatsanwalt beantragte die Bejahung der Schuldfragen auf Körperverletzung mit tödtlichem Ausgange, während der Vertheidiger Freisprechung beantragte. Die Geschworenen zogen sich zur Berathung zurück und beriethen eine volle Stunde. Inzwischen erfuhr der Vertheidiger ganz zufällig, daß die Hauptbelastungszeugin wegen Verleitung zum Meineide vorbestraft sei. Als die Geschworenen wieder den Saal betraten, mußte deshalb nochmals in die Verhandlung eingetreten werden, wo die Richtigkeit des gegen die Zeugin nunmehr erhobenen Einwandes festgestellt wurde. Die Geschworenen zogen sich also nochmals zur Berathung zurück, worauf sämmtliche Schuldfragen verneint wurden, sodaß die Freisprechung erfolgte.

Ueber den Oberkommandirenden der Transvaal-Buren im Felde, General Joubert, wird der „Post" folgendes geschrieben: „Petrus Jakobus Joubert wurde am 20. Januar 1831 in Cango (Kapkolonie) geboren. Sein Vater hieß Josua François Joubert; seine Mutter war eine geborene Gaus. Bis zum Jahre 1847 blieb die Familie Joubert in Natal wohnen. In diesem Jahre zog sie weiter nordwärts und ließ sich in Gatsrand im Süden der gegenwärtigen S. A. R. nieder. Die Erziehung des späteren Generals war durchaus nicht eine sorgfältige, aber er gehörte zu einem Geschlecht, das geistig entwickelter war, als die Familien der übrigen „voortrekkers." Piet nahm am 30. August 1852 zum ersten Mal an einem Kampfe theil. Mit einem Kommando von 300 Buren, worunter der 27jährige Feldkornett Paul Krüger, zog er gegen den Kaffernhäuptling Setjili, den Günstling Livingstones. Im April 1852 verheirathete er sich mit Hendrika Susanna Johanna Botha, der jetzt so bekannten Tante Piet, die den General stets auf seinen Kriegszügen begleitet. Das Leben des Generals ist mit der Geschichte der Republik innig verbunden. 1877 war Joubert Vorsitzender des Volksraths. 1878 ging er mit Krüger und Bok als Abgesandter nach England. Im Freiheitskriege war er Generalkommandant und ist in dieser Würde bis heute verblieben. Unbeugsamer Wille und ein fester Charakter zeichnen ihn besonders aus. Am 5. April 1877 hatte er ein Gespräch mit Shepstone. Dieser erzählte in seiner bekannten freundlichen, einnehmenden Weise, es seien Bittschriften von Buren eingelaufen, in welchen auf Annektirung der Republik angedrungen werde. Joubert erklärte, diese Petitionen seien von Shepstone selbst angefertigt und dann von Buren unterzeichnet worden, die nicht lesen konnten. Shepstone leugnete, und das Gespräch nahm einen stets heftiger werdenden Charakter an. Joubert machte Shepstone vor Gott verantwortlich für das Blut, das jetzt oder später um seinetwillen vergossen werden würde. Darauf rief Shepstone in hohem Tone: „Sie können die Kaffern nicht regieren; sie werden euch zerreißen!" (Joubert war Superintendent der Naturellen.) „Dazu sind sie allein mit englischen Zähnen im Stande, und die werden wir ihnen ziehen," erwiderte Joubert und verließ ohne Gruß den Allmächtigen. Am 12. April 1877 wurde Transvaal unter die britische Oberhoheit gestellt. — Joubert war auch Friedensrichter in Wakkerstroom. Dorthin kam der Richter Coetsee, der in englische Dienste übergetreten war, um Joubert den Eid der Treue an das englische Gouvernement leisten zu lassen. Coetsee fragte Joubert: „Soll ich den Eid in englischer oder in holländischer Sprache vorlesen?" Dieser antwortete: „In einer freien Republik giebt es keine Königin, ich kenne eine solche nicht und ich schwöre auch nicht." Als General thut er alles so schnell wie möglich, jedoch nie übereilt. Alle seine Pläne richten sich nur auf das eine Ziel: dem Feinde soviel wie möglich Abbruch zu thun und selbst so wenig wie möglich Leute zu verlieren. Dies ist nicht allein Taktik, sondern entspricht auch dem weichen Gemüth und der Gutherzigkeit des Generals; sagte er doch stets: „Blut ist so kostbar; ich bin sparsam mit dem meiner Leute."

Stunden älter bist — sie würde genügen, selbst in diesem gesegneten Lande der Patrioten gehängt zu werden. Der Alte würde es mir nie vergeben, daß ich mir diese kleine Freiheit mit seinem Namen genommen habe. Herrgott, was für Last hat man doch, bis man sich auch nur eines einzigen Feindes entledigt hat. (Nun, es) muß geschehen und Bessie ist es wohl werth, aber ohne diesen Krieg hätte ich es nie und nimmer fertig gebracht. Das Mädchen, die Jeß, thut mir leid, aber es muß sein; es darf kein Zeuge am Leben bleiben. Ah! es kommt ein Gewitter, um so besser! Solche Thaten geschehen am besten in einem Sturm."

Müller hatte recht; das Gewitter kam rasch und zog einen Schleier kohlschwarzer Wolken über den sternfunkelnden Himmel und verhüllte die Nacht und all ihre Herrlichkeit.

Mühsam arbeiteten sich die Pferde durch die immer dichter werdende Dunkelheit. Glücklicherweise war der Weg ziemlich eben und Frank Müller ritt als Führer voraus. Still lag die Erde, still wie der Tod; kein Vogel oder Thier, kein Rauschen des Grases, kein Säuseln des Windes rührte sich auf ihrer Oberfläche. Das einzige Lebenszeichen waren jene schrecklichen Blitze, die den Saum der Sturmwolken umzuckten. Meile um Meile ging es so weiter durch die trostlose Nacht. Sie konnten nicht mehr weit vom Flusse sein.

Es war eine schreckliche Nacht. Große Säulen schmutzigfarbener Wolken kamen über die Ebene her auf sie zugezogen. Und nun ging auch noch der von einem gespensterhaften Hof umgebene Mond auf und warf ein unreines, verzerrtes Licht auf die Dunkelheit, die unter seinen Strahlen zu schaudern schien. Weiter krochen die schmutzigfarbenen Wolken und mit ihnen und über ihnen kam der tosende Sturm. Der Wagen war nun ganz nahe am Flusse; schon konnten sie deutlich dessen Rauschen vernehmen. Zu ihrer Linken lag eine mit weißen, Grabmälern gleichenden Steinen bedeckte Fläche, über welche die matten Mondstrahlen dahinhuschten.

„Sehen Sie, John, sehen Sie!" rief Jeß mit krampfhaftem Lachen, „es sieht aus wie ein großer Kirchhof und die dunkeln Schatten dazwischen wie die Geister der Verstorbenen."

„Unsinn," sagte John streng, „wie können Sie solches Zeug reden?"

Er fühlte, daß sie ihr inneres Gleichgewicht verlor und was mehr ist, daß auch er des seinen nicht mehr ganz sicher war; um so natürlicher war es, daß er ärgerlich wurde und recht gelassen that.

Jeß antwortete nicht, aber sie fürchtete sich, ohne zu wissen vor was. Dies alles schien einem entsetzlichen Traume oder einem in die Wirklichkeit versetzten Bilde Doree's zu gleichen. Ohne Zweifel wirkte die Nähe des Gewitters auf ihre Nerven. Selbst die müden Pferde schnaubten und schüttelten sich ängstlich.

Sie fuhren über eine leichte Bodenerhöhung und die Räder rollten sanft über das Gras.

„Was ist dies? Wir sind vom Wege abgekommen!" rief John dem sie noch immer führenden und fünfzehn bis zwanzig Schritte vorausreitenden Müller zu.

„Alles in Ordnung! alles in Ordnung! wir schneiden ein Stück Weges ab!" rief er zurück und seine Stimme klang seltsam und hohl durch die tiefe Stille.

Unter ihnen, hundert Schritt weiter, glänzte ein sehr schwacher Lichtschimmer auf dem Spiegel des Flusses. Nach weiteren fünf Minuten befanden sie sich am Ufer, doch konnten sie der Dunkelheit halber die gegenüberliegende Seite nicht erkennen.

„Links wenden!" rief Frank Müller, „die Furt ist einige Schritte weiter oben. Hier ist es zu tief für die Pferde."

John wandte den Wagen und folgte Müllers Pferd etwa dreihundert Schritte am Ufer hinauf, bis sie an eine Stelle kamen, wo das Wasser mit wildem Getöse dahinfloß und das Gurgeln von Strudeln vernehmbar wurde.

„Hier ist die Stelle," sagte Müller. „Sie müssen sich beeilen, hinüber zu kommen; das Haus ist auf der andern Seite gerade gegenüber, und es wird gut sein, es zu erreichen, ehe der Sturm ausbricht."

„Das ist alles ganz recht, aber ich sehe keinen Zoll breit vor mich; ich weiß nicht, wohin ich fahren soll."

„Fahren Sie geradeaus, das Wasser ist nicht mehr als drei Fuß tief und es sind keine Felsen da.

„Ich fahre nicht hinüber, und damit fertig."

„Sie müssen, Kapitän Niel. Sie können nicht hier bleiben, und wenn Sie auch könnten, so könnten doch wir es nicht. Sehen Sie hier!" und er deutete nach dem Osten, der einen wahrhaft schrecklichen und prächtigen Anblick gewährte.

Gerade auf sie zu trieb die große Gewitterwolke, welche einem vom Winde geblähten Segel glich, während auf ihrer Oberfläche unaufhörlich die Blitze hin und her zuckten und sich schlangenartig um ihren Außenrand wanden. So glänzend war das wechselnde Licht, daß es die dunklen Säulen der schmutzigfarbenen Wolke unten in Feuer zu hüllen schien und geisterhaft über Fluß, Ufer und Ebene zuckte, und diese meilenweit erhellte. Vielleicht war aber die unnatürliche Stille noch das Schrecklichste von allem. Das ferne Rollen des Donners war erstorben und nun kam das Gewitter in stiller Majestät heran.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Köln.